

Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

AN DIE INTERNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT 5
WILLKÜRakte DER RECHTSCHUTZORGANE 11
POLITISCHE VERFOLGUNGEN22
PRESSEFREIHEIT 42

Redaktionskollegium des Bulletins

- **Leonid KRAWTSCHUK** – ehemaliger Präsident der Ukraine (1991-1994), Abgeordneter der Werchow'naja Rada der Ukraine, Politbüromitglied der (SDPU(V), Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion der (SDPU(V). Absolvent der Staatlichen Universität zu Kiew, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Träger des Ordens „König Jaroslaw der Weise“ 5. und 4. Klasse.
- **Oleksander TSARENKO** - Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Volksdeputierte der Ukraine.
- **Valentyna VORONKOVA** - Doktor der philosophischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Management der Organisationen bei der Staatlichen Ingenieurakademie in Saporoschje, Akademikerin der Ukrainischen Akademie für politische Wissenschaften, Akademikerin der Internationalen Akademie der Wissenschaften der Hochschule (Moskau).
- **Mykhaylo SHUTOV** - Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Professor der Donetsker Staatlichen Medizinuniversität von Maksym Gorky, Verdienter Arzt der Ukraine.
- **Oleksiy FEDYAKIN** - Doktor der technischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Informationstechnologien bei der Ukrainischen staatlichen chemisch-technologischen Universität (Dnepropetrowsk).

Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

ББК 66.3(4УКР)6
H30

Ausführlichere Informationen über die politischen Repressalien in der Ukraine können Sie auf der Webseite „POLITERROR. Anthologie der politischen Repressalien. Menschenrechtverletzungen in der Ukraine“ (polit-terror.info) finden. Die Webseite beobachtet die ukrainischen Massenmedien, die über grenzenlose Willkürakte der ukrainischen Macht berichten, Sie wird täglich aktualisiert. Auf der Webseite sind ebenfalls die elektronischen Versionen der vorigen Ausgaben dieses Bulletins in Russisch, Englisch und Deutsch vorhanden. Auf den Webseiten „Ohne Zensur“ (bezcenzury.info), „Neue Macht“ (novavlada.info), „Patriot. Eine Bibliothek des Antiglobalisten“ (patriot-ua.info) finden Sie kritische Publikationen über Probleme der ukrainischen Innen- und Außenpolitik während der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos.

AN DIE INTERNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

**Es wurde die gesellschaftliche
Organisation
„Das Bürgerforum
„Vereinigen wir die Ukraine!“
gegründet, die sich gegen
politische Repressalien einsetzt,
um den Zusammenbruch des
Landes abzuwehren**

■ **Nachstehend werden einige
Auszüge aus dem Appell des
Vorsitzenden dieser
Organisation, des ersten
Präsidenten der Ukraine Leonid
Krawtschuk veröffentlicht:**

„Die neuen Führer der Ukraine verpflichteten sich, eine rasche europäische Integration herbeizuführen und hohe rechtliche und moralische Standards im gesellschaftlichen Leben zu behaupten. Sie wandten sich an das Volk mit flammenden Aufrufen zu Veränderungen, und Millionen Menschen unterstützten sie. Doch reduziert sich laufend die Zahl der Bürger, die hinter der neuen Macht stehen.

Wo bewegt sich die Ukraine hin? Wie werden die Folgen des augenblicklichen politischen Kurses sein? Anstatt eines Wirtschaftswunders erleben wir Merkmale der wirtschaftlichen Krise: die Produktion sinkt, die Erwerbslosigkeit nimmt zu, die Preise steigen, das Investitionsklima hat sich auf eine kaum vorstellbare Weise verschlechtert. Warum bleiben die wirtschaftlichen Kennziffern nicht einmal auf dem Niveau wie bei der alten Macht?

Statt Demokratie, die so laut verkündet wurde, erleben wir Verfolgungen der Menschen für ihre politischen Anschauungen, repressive Unterdrückungen der Opposition,

die Bestrebung Wiktor Juschtschenkos zur zügellosen alleinigen Macht, die er während seiner Oppositionszeit so heftig beurteilt hat. Statt des Triumphs der Gesetze haben wir mit zynischen Brüchen der Verfassung zu tun, mit beamtlichter Allmacht, mit Aufbietung der Rechtschutzbehörden zur Verfolgung politischer Opponenten.

Die Mannschaft der Sieger kämpft auf zwei Fronten: gegen die Opposition als die erste und unter sich selbst als die zweite Front. Wäre es unter den Bedingungen dieses Krieges wirklich möglich, sich ernsthaft mit wirtschaftlichen und politischen Reformen zu beschäftigen, - wenn es auch um eine professionelle Mannschaft ginge, welche man keinesfalls darstellt? Die Wahrheit ist, dass sich die neue Macht als unprofessionell und verantwortungslos bewiesen hat, sie ist irgendwie unsolide, leichtsinnig. Lassen wir uns aufrichtig sagen: nach meiner tiefsten Überzeugung entsprechen die Vertreter der neuen Mannschaft solch einer Machtebene nicht.

Man sagt oft, die neue Macht lasse bestimmte Fehler zu. Ich betrachte diese Frage aus einem breiteren Gesichtswinkel. Das sind keine Fehler, das ist Unwissen, Unkönnen. Jetzt werden Grundlagen für jene langfristigen Tendenzen gelegt, die sehr gefährlich und zerstörerisch sind. Was man über den Zusammenbruch der Sowjetunion oder Jugoslawiens behaupten mag, waren seine Ursachen ein und dieselben: herangereifte gesellschaftliche Probleme, Spaltung der Menschen und ihr Misstrauen gegenüber der Macht. Das boldet auch den wesentlichsten Beweggrund für meine Initiative, unser Bürgerforum ins Leben zu rufen. Um die Ukraine zu vereinen, um den Zusammenbruch der Ukraine nicht zu zulassen, um einen Konflikt abzuwehren.

Warum übernehme ausgerechnet ich es? Erstens, habe ich dafür mein volles Recht. Weil mir die Ehre erwiesen wurde, die Ukraine als ein Säuglingskind auf die Arme zu nehmen, als sie soeben unabhängig wurde. Während meiner Amtszeit als Präsident kon-

© Zusammenstellung. Wochenzeitung «2000», 2005
© Gestaltung. Entwurf. Verlag «Добіра», 2005

ISBN 966-507-175-0



Leonid Krawtschuk

nten wir die Einheit der Ukraine festigen. Es war ungeheuer schwer, doch führten wir echte demokratische Grundsätze für das Leben des ukrainischen Volkes ein. Deshalb habe ich, was ich nochmals nachdrücklich betone, mein volles Recht. Gleichzeitig aber lasse ich mich von der Verantwortung leiten, weil ich die Prozesse, die die Einheit der Ukraine zerstören und die bestehenden Probleme in eine Sackgasse hineinführen könnten, nicht einfach von der Außenseite beobachten darf.

Zum zweiten kann ich auf genügend Erfahrungen beim staatlichen Aufbau zurückblicken. Ich möchte beweisen, dass die Ukraine über alle Möglichkeiten und Voraussetzungen verfügt, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, eine starke Opposition zu bilden. Es geht dabei um eine harte Opposition, die sich aber im rechtlichen Rahmen bewegt - im Unterschied zur Macht, die bereits die Verfassung und rechtliche Rahmenbedingungen in vielen Aspekten ihrer Tätigkeit vergessen hat.

Als Beispiel seien nur die Menschenrechte

erwähnt. Im Land herrscht eine richtige Zügellosigkeit. Die Personalrotation artete zu einem ekelhaften politischen Säuberungsprozess aus, viele Tausende Menschen, u.a. Lehrer, wurden entlassen. Einige sind so eingeschüchtert und gehetzt worden, dass sie Selbstmord begehen, doch die höchsten Repräsentanten des Staates wollen den psychologischen Terror nicht stoppen. Die höchstgestellten Amtsinhaber mischen sich nach wie vor in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren ein und missachten öffentlich die Unschuldsvermutung. Die Gesellschaft gerät aus den Fugen und wird immer grausamer, die christlichen Werte werden nivelliert. Die Menschen rätseln schon, wer als nächster durch Massenmedien zum Verhör vorgeladen wird.

Aus diesem Grund wird im Rahmen des Bürgerforums eine Menschenrechtgruppe agieren, zum gleichen Thema wird auch im Parlament eine zwischenfraktionelle Vereinigung der Abgeordneten gebildet. Ferner geht es um die Antikorruptions- und Reprivatisierungskampagnen. Sie werden auf populistische Weise geführt und in der Regel gegen die Personen ausgerichtet, die in der Präsidentenwahl Wiktor Janukowitsch unterstützt haben. Praktisch betreffen sie keine korruptierten Persönlichkeiten, die mit der neuen Macht verbunden sind. Kürzlich kam der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in die Ukraine mit der Idee, das Monitoring über die Einhaltung der Menschenrechte einzustellen, musste aber beim Verlassen bekannt geben, dass sie fortgesetzt werde sowie eine große Beobachtergruppe zur bevorstehenden Parlamentswahl komme, die die neue Macht auf Worte und Taten prüfen könne.

Um die Demokratie zu retten, braucht die Ukraine heutzutage keine populistischen Aktionen auf Plätzen, sondern die Bildung einer breiten Bewegung zur Herstellung der gesellschaftlichen Kontrolle über die Macht. Diese Rolle übernimmt das Bürgerforum auch*.

Die Beauftragte für Menschenrechte Nina Karpatschewa stuft das moralische und psychologische Klima in der Ukraine als untragbar ein

■ **Darüber erklärte sie der Zeitung „Kiewskij telegraf“ in einem Interview, aus dem nachstehend Auszüge wiedergegeben werden:**

„Wir können nicht umhin festzustellen, dass nach der letzten Wahlkampagne die Anzahl der Beschwerden über die Verletzung der politischen Bürgerrechte um das 9fache gestiegen ist. Gleichzeitig nahm um das 6fache die Anzahl der Beschwerden zu, in denen gefordert wird, persönliche Rechte zu schützen, - vor allem geht es um ihre Verletzungen seitens der Rechtsschutzorgane. Die Abgeordneten hatten soeben das Gesetz verabschiedet, die Ombudsfrau wurde noch nicht gewählt, aber Säcke mit Beschwerden standen schon da. In erster Linie möchte ich heute die gestiegene Anzahl der Beschwerden ausgerechnet aus politischen Motiven feststellen. Ihre Dynamik ist besorgniserregend, weil in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres 1.248 Beschwerden eingegangen sind. Früher hatte es so was nicht gegeben.“

Im vergangenen Jahr trafen wir uns mit dem damaligen Oppositionsführer Wiktor Janukowitsch, einer Reihe von Abgeordneten und Leonid Kutschma. Den Anlass lieferten die Ereignisse in Mukatschewo*. Auf dem Treffen waren wir einig, dass in Mukatschewo Verfolgungen der Menschen aus politischen Motiven ins Rollen gekommen waren. Gerade nach der Wahl kam es zu Massenentlassungen aller, die sich aktiv an der Wahl des Bürgermeisters von Mukatschewo beteiligt haben, d.h. der Lehrer, Ärzte und staatlichen Angestellten.“

* Stadt in der Sakarpatzkaja Region. Es handelt sich um die kommunalen Wahlen, die 2004 stattfanden

Heute wiederholt sich die Situation aufs genaueste, doch sie betrifft nicht mehr eine einzige Stadt, sondern die ganze Ukraine. Wenn man die eingehenden Beschwerden über politische Verfolgungen nach den Regionen analysiert, so kommt man zu einem sehr aufschlussreichen Bild. Sollte man etwa meinen, die meisten Beschwerden kämen aus Donezk bzw. Lugansk? Falsch geraten: sie kommen aus den zentralen Regionen der Ukraine - aus Shitomir, Sumy, Kirowograd und Winniza. Mit anderen Worten: richtig „gesäubert“ wird vor allem im Zentrum des Landes.

Wie ich glaube, hängt dies gewissermaßen mit der Vorbereitung auf die Parlamentswahl 2006 zusammen. Während die sogenannten „resonatorischen“ Fälle in Donezk oder der Karpatoukraine passieren, werden die zentralen Regionen im stillen „gesäubert“.

Es sei zu vermerken, dass fast ein Drittel aller Beschwerden an die Ombudsfrau auf willkürliche gerichtliche Urteile zurückzuführen ist. Nicht zufällig benannte ich in meinem jüngsten Jahresbericht den Staat als hauptsächlichen Verletzer der Menschenrechte und Bürgerfreiheiten. Die Haltung der Beauftragten für Menschenrechte besteht im folgenden: man müsste einsehen, dass sich die Menschenrechte aus den Rechten jedes einzelnen konkreten Bürgers zusammensetzen. Am meisten bin ich über die Verletzung der Menschenrechte durch die rechtsprechende Gewalt sowie die Rechtsschutzorgane besorgt. Die Rechtsprechung entwickelte sich heute praktisch zum Epizentrum, wo alle strategischen Entscheidungen getroffen werden, weil von den Richterurteilen das Schicksal jedes einzelnen Ukrainers und des Landes im allgemeinen abhängt. Natürlich ist die Gesellschaft am besten über die Ermittlung aufsehenerregender Fälle informiert, doch 99% der Beschwerden gehen von einfachen Bürgern ein, über deren Schicksal und Unglück man aus der Presse nicht erfährt. Deswegen ähnelt sich die Arbeit der Ombudsfrau einem Eisberg, dessen „Spitze“ nur ein Drittel der Fälle ausmacht, die der Öffentlichkeit zugänglich werden.

Als ich im Parlament eine Stellungnahme zur Festnahme und Verhaftung Boris Kolesnikows* abgab, machte ich die Abgeordneten auf eine aufschlussreiche Tatsache aufmerksam. Jährlich werden etwa eine Million Menschen genau so ungesetzlich festgenommen und verhaftet, mit gleicher größter Missachtung der menschlichen Rechte und Freiheiten. In diesem Sinne gehört der „Fall Kolesnikow“ einfach in das Lesebuch.

Wie die Anwälte Boris Kolesnikows verlauten ließen, hatten die Ermittlungsorgane eine ganze Reihe von verfahrensrechtlichen Verletzungen zugelassen. Vor allem wurde die Anklage gegen den Vorsitzenden des Donezkij Regionalrates unter größten Verletzungen der Gesetze erhoben. Tatsächlich ist Boris Kolesnikow keine einfache Person. Er stellt eine politisch gewichtige Persönlichkeit dar, weil er in Donezk die Filiale der Partei der Regionen anführt. Da Kolesnikow den Abgeordnetenstatus eines Regionalrates hat, kann die Anklage nur vom Gericht oder dem Staatsanwalt erhoben werden. Aber auf keinen Fall von einem Untersuchungsrichter, der übrigens einige Male ausgewechselt wurde. Mit anderen Worten wurde gleich am Anfang der Artikel 31 des Gesetzes über den Status der Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen missachtet.

Das ist der erste Umstand. Der zweite besteht darin, dass einige Fälle festgehalten wurden, in denen die Ermittlungsorgane unter Missachtung des Artikels 48 des Strafgesetzbuches der Ukraine keinen Rechtsanwalt zu Kolesnikow zuließen. Ferner verbot der Untersuchungsrichter dem Anwalt, die Akte nach Beendigung der vorgerichtlichen

* Der ehemalige Vorsitzende des Donezkij Regionalrates wurde am 6. April festgenommen und befand sich bis zum 2. August in Isolierhaft. Er wurde unmittelbar während der Gerichtsverhandlung freigelassen: das Berufungsgericht Kiw befand die Begründungen der Generalstaatsanwaltschaft für seine Haftverlängerung für sichhaltlos und berücksichtigte ebenfalls den Gesundheitszustand Kolesnikows



Nina Karpatschewa

Untersuchung zu kopieren. Das stellt die Verletzung des Artikels 48, Ziffer 5, des Strafgesetzbuches, des Artikels 6 des Gesetzes der Ukraine „Über die Rechtsanwaltschaft“, des Artikels 8, Teil 2, des Artikels 55, des Artikels 64, Teil 1, der Verfassung dar sowie widerspricht der diesbezüglichen Entscheidung des Petscherskij Gerichtshofes in Kiew. Es wurden auch andere Verletzungen zugelassen. Die Ermittlungsorgane beschuldigen Kolesnikow, er habe das Verbrechen in Donezk verübt. In diesem Zusammenhang sowie aufgrund des Artikels 37 des Strafgesetzbuches der Ukraine wäre die Entscheidung über die Vorbeugungsmaßnahme durch das örtliche Gericht zu treffen, wo das Verbrechen passierte, d.h. durch den Woroschilowskij Kreisgerichtshof in Donezk und nicht den Petscherskij Kreisgerichtshof in Kiew. Ferner geben die Ermittlungsorgane in dem Antrag über die Verlängerung der Verhaftungsfrist Kolesnikows falsch seinen Vaternamen an, und unter Verletzung des Artikels 163-3 des Strafgesetzbuches der Ukraine wird dieser Antrag nicht fünf, sondern vier Tage vor dem Fristablauf gestellt, dabei ersucht man eine Haftverlängerung um 4 Monate.

Ein gesetzeskonformer Bürger leistet der Vorladung zu einem Gespräch in der Gener-

alstaatsanwaltschaft Folge und wird hinter Gitter gesteckt.

Fast auf die gleiche Weise wie mit dem Vorsitzenden des Luganskij Regionalrates Wiktor Tichonow. Gewissenhaft suchte dieser Mann dreimal die Generalstaatsanwaltschaft als Zeuge in dem Fall des sogenannten „Separatismus“. Während eines Gesprächs berichtete er mir anschließend, wie dies vonstattengegangen war: nicht einmal auf die Toilette durfte er! Das ist doch eine gemeine Erniedrigung der Menschenwürde!

Ebenfalls möchte ich einen Fakt hervorheben. Als ich Boris Kolesnikow unmittelbar in der Zelle der Untersuchungshaft sprach, berichtete er, dass sein Ermittlungsrichter Rudenko gleichzeitig in allen Fällen über den Separatismus ermittle. Ob es um einen Zufall oder eine verfahrensrechtliche Fahrlässigkeit gehen dürfte? Ich glaube, nein. Wenn ich die Situation in der Dynamik und den Fall Tichonows analysiere, der erst nach der Einschaltung der Ombudsfrau, der Volksabgeordneten und der europäischen Gemeinschaft freigelassen wurde, halte ich das für Glieder ein und derselben Kette.

Darüber führte ich ein Gespräch mit dem Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun. In erster Linie ging es um die Unvoreingenommenheit der Ermittlung und Verwendung von illegitimen Methoden. Dies ließ das Ansehen der Rechtsschutzorgane zusammenrechnen, vor allem in den Augen des eigenen Volkes.

Als ich im Parlament darüber sprach, kam es aber zum Sturm der Entrüstung seitens gewisser politischer Kräfte: weniger durch den Bericht über Verletzungen in Sache Kolesnikows als durch die Bekanntgabe des Falles der sogenannten „Rentnerin aus Kirowograd“. Aus dem Versammlungsraum kamen sogar Drohungen an meine Adresse. In der Loge saß neben mir Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun, und einer der Abgeordneten bedrohte mich hinter seinem Rücken.

Ich kann mutig und ungebeugt sagen: ein Ombudsmann befindet sich immer in der Opposition zur Macht, Wenn nicht, dann han-

delt es sich um einen tadelnswerten Beauftragten für Menschenrechte. Und noch was. Wenn die Opposition tatsächlich für die Menschenrechte ringt, ist er mit der Opposition solidarisch. Wenn aber heute die Menschenrechte, auch die der Oppositionellen, von der neuen Macht grob mit Füßen getreten werden, so kämpfe ich wie früher für ihre geschmähten Rechte und ihre Menschenwürde.

Eigentlich müsste die Ombudsfrau außerhalb der Politik sein. Doch die Zustände entwickeln sich hierzulande so, dass die Verteidigung der Menschenrechte zum politischen Hauptfeld wird.

Wie ich mir vorstelle, sollte der Präsident endlich einen Runden Tisch durchführen, an dem die jetzige Macht und die jetzige Opposition teilnehmen müssen. Die politischen Repressalien sollen eingestellt werden, weil sie die Ukraine noch tiefer spalten und eine untragbare moralisch-politische Atmosphäre im Lande herbeiführen. In der aktuellen Etappe sollte die Aufgabe Nummer eins für den Präsidenten in der Konsolidierung aller Bürger des Staates liegen. Die Stärkeren müssen großherzig sein, und die Macht gehört gewissermaßen zu den Stärkeren.

Bislang kann ich aber keine Großmütigkeit, sondern eine Abrechnung feststellen. Zweifellos hat es früher ebenfalls Unregelmäßigkeiten gegeben, wobei es sie immer gibt, weil die Macht nach ihrer Natur zu Übertretungen, zu administrativen Ressourcen neigt. Doch glaube ich, dass die neue Macht heute eine höhere Verhaltensethik beweisen sollte. Dann könnte man auch von den Mitbürgern Gleiches verlangen. Wir erleben aber Massenverfolgungen der Ärzte, Lehrer und Hochschulrektoren. Eine Gruppe von mir besuchte kürzlich die Winnizkaja Region, wo unter anderem Ludmila Tschewonezkaja, Hauptärztin der Troszjanekzaja Kreispoliklinik und, nebenbei gesagt, Mitglied der örtlichen Abgeordnetenversammlung, entlassen worden war. Es stellte sich heraus, dass man dort heutzutage keine qualifizierten Ärzte bräuchte, weil sie während der Wahl auf einer „falschen“ politischen Linie

waren. Ganz offensichtlich geht es um die Verfolgungen dafür, dass die Bürgerin ihr verfassungsmäßiges Recht auf freie Willensäußerung realisiert hat.

Bis dato wurden über 18.000 Beamte und staatliche Angestellte entlassen. Auf solche Weise hätte man die Macht sauberer gemacht, doch welche Mittel hat der Staat in diese Menschen investiert? Ich stimme zu, einige von ihnen sind weder bei der alten noch der neuen Macht den gestellten Anforderungen gerecht. Doch im allgemeinen gesehen, kam es zu totalen Entlassungen der Profis, die mehrere Jahre lang ausgebildet wurden. Einerseits, liegen die Folgen im Zusammenbruch des staatlichen Managements auf mittlerer und unterer Ebene. Andererseits aber, wurden die Hauptärzte, Redakteure der kommunalen Massenmedien, Hochschulrektoren und Schuldirektoren massenhaft „gesäubert“.

Politische Verfolgungen der Menschen, die in der Wahl den jetzigen Präsidenten nicht unterstützt haben, gewinnen in der Ukraine Massencharakter

■ **Das stellte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigten)* Wiktor Medwedtschuk während des Treffens mit der Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mit deren Präsidenten Renč van der Linden an der Spitze fest**

Im Verlauf ihres Gesprächs kamen die beiden Seiten übereinstimmend zur Meinung, dass die Durchführung der Verfassungsre-

*SDPU(v): die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte). Heutzutage befindet sie sich in der Opposition gegen die aktuelle Macht



Wiktor Medwedtschuk

form und Gewährleistung der Unabhängigkeit der Rechtsprechung heute die wichtigsten Aufgaben für die Ukraine darstellen.

„Die Schaffung eines unabhängigen Gerichtssystems stellt heute das wichtigste Kriterium für die Entwicklung der Demokratie in der Ukraine dar“, vermerkte Wiktor Medwedtschuk. „Leider konnte man es früher nicht machen. 2001 störten korporative Interessen der ehemaligen Führungsspitze des Obersten Gerichtshofes, sowie eines bestimmten Teils des Abgeordnetencorps im Parlament. Indem sie die Gerichtsorgane kontrolliert, versucht aber die heutige Macht nicht einmal, die bestehende Lage zu ändern“.

In seinen Ausführungen über das Monitoring der Situation in der Ukraine betonte Renč van der Linden, dass die Versammlung auf solche Weise dem demokratischen Aufbau in der Ukraine beitragen werde. Darüber hinaus versicherte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, dass seine Organisation ganz sorgfältig die bevorstehende Wahlkampagne in der Ukraine beobachten werde.

WILLKÜRakte DER RECHTSCHUTZORGANE

Die Haftbedingungen eines Aktivisten der oppositionellen Partei riefen die Verschlimmerung seiner Krankheit und eine Operation hervor

■ **Am 16. Juli wurden zwischen 13.00 und 14.00 Uhr vier MP-Schützen in Kugelwesten im Dorf Roginzy, Winnizkaja Region, abgesetzt. Sie nahmen den Sekretär der regionalen Organisation der SDPU (v), den ehemaligen Geschäftsführer der agrarischen Firma „Dibrowa“ und heute Rentner, Nikolaj Dmitrenko, den Hauptagronomen Wladimir Ratkowskij sowie die Hauptbuchhalterin Larissa Kostik fest. Anschließend wurden alle drei in die Untersuchungshaft nach Winnizza gebracht.**

Der stellvertretende Vorsitzende der SDPU (v) Nestor Schufritsch stellte in diesem Zusammenhang einen nächsten Fakt der politischen Verfolgungen von Parteimitgliedern fest. Er teilte über die Aussagen der Dorfeinwohner mit, nach denen Polizeibeamte noch vor der Festnahme Nikolaj Dmitrenkos von ihnen gefordert hätten, saubere Papierbogen zu unterschreiben, ohne etwas erklärt zu haben.

Wie die Zeitung „Nascha gazeta plus“ berichtet, wurde Nikolaj Dmitrenko zwei Wochen lang in der Untersuchungshaft festgehalten, trotz eines medizinischen Gutachtens am Anfang der Ermittlung, das auf einer dringenden Operation bestand.

Der lange Aufenthalt in der Untersuchung-



Nikolaj Dmitrenko

shaft, wo nach Dmitrenkos eigenen Worten nicht einmal um die schmerzstillenden Tabletten „Nosh-Pa“ gebeten werden durfte, führte eine drastische Verschlimmerung des Gesundheitszustandes des Invaliden der II. Gruppe herbei. Am 25. Juli entschied der städtische Berufungsgerichtshof in Kiew über die Freilassung Dmitrenkos.

Aus der Untersuchungshaft wurde er von seinen Parteifreunden direkt ins Krankenhaus gebracht, wo nach einem Schmerzanfall die Ärzte zum operativen Eingriff gezwungen waren, indem sie ihm die Gallenblase entfernten.

Volksabgeordneter der Ukraine und Mitglied der SDPU(v)-Fraktion Igor Schurma stellte dazu wie folgt fest:

„Der Zustand Dmitrenkos, der mit Verschlimmerung aller seiner Krankheiten. u.a. der Hypertonie, in die Klinik eingeliefert wurde, rief bei den Ärzten Befürchtungen um den Ausgang der Operation hervor. Sein schlimmer Zustand war eine direkte Folge der Haftbedingungen, wo jegliche medizinische Hilfe fehlte. Das weitere Verbleiben des Sekretärs der Winnizkaja Regionalleitung der SDPU(v) in der Haft drohte eindeutig seinem Leben“.

Auf der Pressekonferenz unter Teilnahme

der Volksabgeordneten und Mitglieder der SDPU(v)-Fraktion Nestor Schufritsch, Efim Fiks und Wadim Misjura berichtete man über den Zwischenfall, der bei der Freilassung Dmitrenkos aus der Haftanstalt passiert war. Wie es sich herausstellte, wurde der Sekretär der Winnizkaja Regionalleitung der SDPU(v) vor dem Gebäude von etwa 50 Polizisten der Sondereinheit „Berkut“ und zehn unbekannt zivilgekleideten Personen erwartet, die sich nicht ausweisen wollten. Auf die Frage der Volksabgeordneten, wieso sie sich vor dem Haftgebäude eingefunden hätten, antworteten die Vertreter der Rechtsschutzorgane, dass sie auf eventuelle Unruhen in diesem Stadtbezirk hingewiesen worden waren.

Indem sie auf weitere Provokationen seitens der Behörden bzw. die erneute Festnahme des operierten Patienten gefasst waren, mussten die Volksabgeordneten Igor Schurma und Wladimir Sajez an der Tür des OP-Saals im Krankenhaus Wachposten beziehen.

Der jetzige Gesundheitszustand Nikolaj Dmitrenkos wird von den Ärzten als schwierig eingestuft.

Die Volksabgeordneten und Mitglieder der SDPU(v)-Fraktion Nestor Schufritsch, Igor Schurma und Efim Fiks leiteten der Generalstaatsanwaltschaft einen Antrag zu, in dem sie ein gerichtliches Vorgehen gegen den stellvertretenden Generalstaatsanwalt der Ukraine Wiktor Schokin fordern.

In dem Schreiben an die Generalstaatsanwaltschaft weisen die Volksabgeordneten darauf hin, dass sich beim Invaliden der II. Gruppe Nikolaj Dmitrenko während seines Haftverbleibens alle chronischen Krankheiten zugespißt haben. Ihm sei ebenfalls kein einziges Mal medizinische Hilfe geleistet und die Annahme von schmerzstillenden Präparate verwehrt.

Die Abgeordneten stellen auch fest, dass in bezug auf Dmitrenko praktisch keine Ermittlungsschritte unternommen wurden.

Die Abgeordneten sind der Meinung, dass die staatsanwaltlichen Organe einen direk-

ten politischen Auftrag zur physischen Beseitigung der Vertreter der Opposition erfüllen. Wie dazu Nestor Schufritsch ausführte, werde die SDPU(v)-Fraktion auf der ersten Herbsttagung der Werchownaja Rada der Ukraine auf einem ausführlichen Rechenschaftsbericht der Generalstaatsanwaltschaft bestehen, der die Ergebnisse der internen Untersuchung im Zusammenhang mit der gesetzwidrigen Anklage bekannt zu geben habe.

Der Vorsitzende der SDPU(v) Wiktor Medwedtschuk erklärte aus dem Anlass der Festnahme des Sekretärs der Winnizkaja Regionalleitung der SDPU(v) folgendes:

„Die Festnahme Nikolaj Dmitrenkos zeigte ein zusätzliches Mal auf, dass die Macht bereit ist, jegliche rechtliche oder moralische Normen mit Füßen zu treten, falls damit ihre politischen Opponenten geschwächt werden.“

Dieser Fall führt nur die Gesetzmäßigkeit fort, die mit der Festnahme des ehemaligen Gouverneurs der Sakarpatzkaja Region Iwan Risak nach einem erdachten Vorwand ansetzte und sich nachher auf Dutzende von Menschen erstreckte, deren einziges Verbrechen in ihrer Parteizugehörigkeit bestand.

Es kommt unwillkürlich der Eindruck auf, dass vor der Generalstaatsanwaltschaft die Aufgabe gestellt wurde, noch im Vorfeld der Wahlkampagne alle Sekretäre der Regionalleitungen der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigten) „aus dem Spiel zu nehmen“. In gewisser Sicherheit können sich nur Inhaber der Abgeordnetenmandate fühlen.

Die Macht ignoriert die Gesetze ganz absichtlich. Noch schlimmer: sie erlaubt sich, gewalttätig gegen die Menschen vorzugehen, die sich im Krankenhaus bzw. zur Kur befinden. Solch eine menschenfeindliche Behandlung birgt die Gefahr nicht nur für die Gesundheit der gemäßregelten Personen, sondern für unseren ganzen Staat in sich, der sich immer weiter vom Prinzip der Vormachtstellung des Rechts entfernt“.

Die Polizei nahm den oppositionellen Aktivisten gleich auf der Protestkundgebung fest

■ Die SDPU(v) veranstaltete eine Protestaktion gegen politische Verfolgungen in Winniza. Die Teilnehmer dieser großen Kundgebung verlangten die sofortige Freilassung des Vorsitzenden der regionalen Organisation der SDPU(v) Nikolaj Dmitrenko.

In die Menschenmenge mischte sich auch ein Mitarbeiter des Innenministeriums ein, der sich später als Oberuntersuchungsrichter des Stadtpolizeiamtes Politschuk vorstellte. Er zeigte auf einen der Kundgebungsteilnehmer, den die anwesenden Polizisten anschließend in das dienstliche Streifenauto zwingen und ins städtische Polizeiamt brachten. Obwohl sich die Aktionsteilnehmer bemühten, dies zu verhindern, durchbrach das Polizeiauto die Menschensperre, indem es zu Verletzungen kommen konnte. Unter den Protestteilnehmern befanden sich die Volksabgeordneten Nestor Schufritsch und Wadim Misjura.

Als sich Parlamentarier Nestor Schufritsch an den in der Nähe stehenden Polizeihauptmann wandte, nach dessen Anweisung der Aktionsteilnehmer festgenommen wurde, und um eine Erklärung bat, stellte sich jener als Oberuntersuchungsrichter des Stadtpolizeiamtes Politschuk vor und sagte, er hätte nichts gesehen und begreife nicht, warum es sich handelt.

Festgenommen wurde der 23-jährige Maxim Lysenko, ein Aktivist der Kalinowskaja Organisation der Ukrainischen Sozialdemokratischen Jugend. Einige Stunden später wurde er ohne irgendwelche Erklärungen freigelassen.

Es werden die Rechte der Aids- und Tbc-kranken Häftlinge verletzt

■ Der Zeitung „Prawda Ukrainy“ wurde aus einer Isolierhaftanstalt der Brief folgenden Inhalts zugestellt:

„Sehr geehrte Redaktionsmitglieder, helfen Sie uns bitte!

Wir wollen begreifen, wo wir uns befinden. In der demokratischen Ukraine oder in tschetschenischer Gefangenschaft? Damit Ihnen die Sachlage klar wird, möchten wir erklären, dass dieser Brief von inhaftierten Personen kommt. Doch sind wir keine Mörder, Gewalttäter oder Terroristen. Verhaftet wurden wir alle für unbedeutende Vergehen. Doch es hat nichts damit zu tun, es geht darum, dass unsere Rechte als Häftlinge grob verletzt werden. Darüber hinaus, und das ist unser eigentliches Anliegen, sind wir kranke, sehr kranke Menschen. Alle Unterzeichner leiden unter der Tbc, und in der Haft werden noch infizierte und Aids-kranke Menschen gehalten. Warum vergleichen wir unsere jetzige Lage mit tschetschenischer Gefangenschaft?

Im Gesetz der Ukraine über die zeitweilige Haft während der Ermittlung ist ganz deutlich geschrieben: die festgenommenen Personen dürften in der Isolierhaft für eine Frist von 3 bis 10 Tagen aufgehalten werden, anschließend seien sie bestimmungsgemäß in die städtische Untersuchungshaft zu überführen, mit anderen Worten, ins Gefängnis, da die Isolierhaftanstalten nicht für ein langfristiges Verbleiben der Inhaftierten ausgelegt sind. Geschweige denn von uns, die Tbc-krank sind. Wir werden hier aber mehrere Monate lang aufgehalten, manche ein halbes Jahr. Unser Gerichtswesen funktioniert sehr langsam, deshalb hält man uns hier so lange und unter unmenschlichen Bedingungen.

Unsere Zelle ist 2,5 mal 5 Meter groß, sie ist für 6 Personen bestimmt, während wir 11 zählen. Da notwendige Schlafplätze fehlen,

sollen kranke Menschen auf dem Fußboden in einer Reihe dahingestreckt schlafen. In der Zelle ist es feucht und sehr schwül. Bei unserer Erkrankung brauchen wir unbedingt frische Luft, zu der wir faktisch keinen Zugang haben, weil wir wegen der Abwesenheit des Innenhofes nicht ausgeführt werden. Die Menschen können sich monatelang nicht waschen, weil es in der Haftanstalt keine Wannen gibt. Medizinische Betreuung fehlt gänzlich, es gibt kein Personal und keine Arzneimittel. In der Zelle befinden sich alle untereinander, unabhängig davon, ob man eine latente oder offene Tbc-Form hat...

Die Untersuchungshaftanstalt in Simferopol - wo es spezielle Zellen und entsprechende medizinische Pflege der Tbc-Kranken gibt - lehnt unsere Aufnahme aus unbekanntem Gründen ab. Das gleiche betrifft auch die republikanische Tbc-Fürsorgestelle im Dorf Kamenskoje, weil es dort keine speziellen Zellen und keinen Wachdienst gibt. Die polizeiliche Obrigkeit und die Staatsanwaltschaft halten uns für „große Verbrecher“, die der Rechtsprechung entkommen könnten, und wollen uns gegen schriftliche Verpflichtungen des Ausreiseverbots nicht freilassen, deshalb halten sie uns in der Isolierzelle für unbestimmte Fristen. Wir sind bereit, für die begangenen Verbrechen eine verdiente Strafe hinzunehmen, keiner von uns lehnt sie ab. Doch wir wollen weder sterben noch uns verkrüppeln lassen, was offensichtlich die Machtstrukturen anstreben.

Bevor Sie anzuschreiben, haben wir uns bei der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine und dem Gesundheitsminister der Autonomen Republik Krim beschwert, aber ergebnislos. Entweder erreichen sie unsere Beschwerden nicht, oder sie sind nicht gewillt, an unserem Schicksal teilzunehmen...

P. Drjapika
I. Martytschenko
M. Lajew
A. Werigin
W. Skriptschenko
A. Sobko

J. Wasiltschuk
S. Sejtchalilow
W. Stajkow
R. Abdshuldshamijew

Ex-Chef der staatlichen Sakarpatskaja Regionaladministration Iwan Risak steht unter psychologischem und moralischem Druck seitens der Generalstaatsanwaltschaft

■ Die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte) warf der Staatsanwaltschaft der Sakarpatskaja Region vor, das strafrechtliche Verfahren gegen den Ex-Chef der staatlichen Sakarpatskaja Regionaladministration Iwan Risak absichtlich in die Länge zu ziehen.

Die Unterlagen, die die regionale Staatsanwaltschaft dem Richter zuleiten sollte, gingen bei dem Gerichtshof nicht ein, deshalb musste er die Verhandlung verschieben.

Der Volksabgeordnete Igor Schurma, der speziell zur Teilnahme an der Verhandlung in die Karpatoukraine gekommen war, beurteilte die Situation wie folgt:

„Das Gericht musste die Verhandlung vertagen, weil die Staatsanwaltschaft es so fertig bringen konnte, dass sich die Richter mit den Unterlagen seit dem 18. Juli nicht vertraut machen. Diesbezügliche Umstände wollten wir in der Staatsanwaltschaft klären, doch weder der Staatsanwalt noch seine Vertreter waren leider zu erreichen. Selbst die Umstände, wie Risak in den Verhandlungsraum gebracht wurde, zeigen auf, dass sich gewisse Strukturen psychologischen und emotionalen Druck auf Iwan Risak zum Ziel stellen“.

Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, hat man den karpatoukrainischen Ex-Gouverneur Iwan Risak, der unter äußerst zweifelhafter Begründung verhaftet worden war, zur



Iwan Risak

Gerichtsverhandlung nach Ternopol unter sogenannter regulärer Bewachung gebracht.

Das heißt, alle 10 Kilometer wurden die Posten aufgestellt, die das Passieren des Fahrzeuges mit Risak an die Zentrale melden. Nach Worten des Chefs der Sakarpatskaja Regionalverwaltung des Innenministeriums der Ukraine Juri Rachiwskij, habe man dazu aus angeblichen Sicherheitsgründen gegriffen, weil „sich alle an die Kamaz-Fahrzeuge erinnern können, die mir nichts, dir nichts in der Gegenspur fuhren“. Insgesamt, teilte Rachiwskij mit, hatten über 300 Ordnungshüter die Überführung Risaks nach Ternopol abgesichert.

300 Ordnungshüter und etwa 40 Fahrzeuge stellen eine Wachtruppe dar, welche die des Präsidenten übertrifft. Wie könnte es heißen: Komödie oder Farce? Oder Provokation bzw. Bestandteil eines gewissen Sonderplanes? Sagen wir, zur Fortsetzung der schmutzigen politotechnologischen Linie auf Diskreditierung der Opposition und ihrer Führer. Ob Herr Rachiwskij nicht ganz absichtlich die Information über diesen komischen Arrestantentransport bekannt gab? Um den Anschein zu erwecken, dass es im Falle Risaks um einen „besonders gefährlichen Verbrecher“ handle,

den seine „Komplizen“ beseitigen könnten, während die ruhmreiche Polizei alles zur Abwendung eines solchen Exzesses unternehme.

Selbst die Ausmaße sollten Aufsehen erregen: 300 Polizisten, Dutzende Fahrzeuge, Sonderausrüstungen. All das wird gegen politische Widersacher eingesetzt, in diesem Fall gegen den sozialdemokratischen Führer in der Karpatoukraine. So legen sich die echten Sorgen der Ordnungshüter bloß. Man rätselt, wieso wuchert das Verbrechen in der Ukraine derlei so maßlos? Wie sollte es aber anders sein, falls die Rechtsschutzorgane politische Shows veranstalten, indem sie so viele Ordnungshüter zu Massenszenen heranziehen, die auch für eine Schlachtszene im Blockbuster ausreichen würden, stellt die Zeitung „2000“ fest.

Zur Erinnerung: Iwan Risak wurde von der Staatsanwaltschaft Ushgorods im vergangenen Februar festgenommen. Die Festnahme wurde von vielen Politikern als politisch eingeschätzt. Risak wird verdächtigt, den Rektor der Nationalen Universität zu Ushgorod Wladimir Sliwka, der im Mai vorigen Jahres auf der Intensivstation gestorben ist, in den Selbstmord getrieben zu haben. Strafrechtliche Sachen nach diesem Artikel werden äußerst selten vors Gericht gebracht. Nach einem Verhör wurde Risak damals, im Februar, gegen eine schriftliche Verpflichtung des Ausreiseverbots freigelassen.

Am 13. Mai nahm die Staatsanwaltschaft den ehemaligen Gouverneur nochmals fest. Wie die Vertreter der Machtbehörden behaupteten, wären im „Fall Risak“ neue Beweise ermittelt worden. Nach dieser Festnahme wurden gegen ihn zwei weitere Anklagen erhoben: wegen „Überschreitung der Kompetenzen und Dienstmissbrauchs mit schwerwiegenden Folgen“ sowie wegen „Bestechung“.

Am 2. August gab das Berufungsgericht der Sakarpatskaja Region dem Gesuch Iwan Risaks Anwalt, Wasilij Moku, nicht statt, seine Haft als Vorbeugungsmaßnahme abzuändern.

Nachstehend folgen einige Auszüge aus der Rede Wasilij Mokbanus in der Gerichtsverhandlung:

„Die Ereignisse, die sich im Zusammenhang mit der strafrechtlichen Anklage gegen Iwan Risak, seiner Festnahme und Überführung in die Untersuchungsanstalt entwickelten, zeigen auf, dass die Ermittlungsorgane und die Gerichtshöfe, die in der Frage über seine Vorbeugungsmaßnahme bis jetzt verhandelt haben, total das Prinzip der Rechtsvorherrschaft, die verfassungsmäßigen Normen der Ukraine und das Strafgesetzbuch kaltstellen.“

Wie den Akten zu entnehmen ist, wurde Risak vom Ermittlungsorgan zum erstenmal am 12. Februar 2005 unter dem Verdacht festgenommen, den ehemaligen Rektor der Nationalen Universität zu Ushgorod W. J. Sliwka in den Selbstmord getrieben zu haben.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass der Untersuchungsrichter an diesem Tag zwei gegensätzliche Meinungen über Vorhandensein bzw. Abwesenheit der gesetzlichen Grundlagen und Gründe für die Festnahme Risaks hatte: eine erste am Vormittag und eine zweite am Nachmittag. Seine Entscheidung über die Festnahme begründete er wie folgt – ich zitiere – „die Umstände des Sachverhaltes schließen es nicht aus, dass sich der Verdächtige flüchtig machen sowie die Klärung des tatsächlichen Tatbestandes behindern könnte“.

Diese Entscheidung ist, genau so wie allen anderen im betreffenden Fall, sichhaltlos. Der Untersuchungsrichter wollte sich nicht mit der Erfüllung der Anforderungen des Strafgesetzbuches belästigen, das eine Begründung und Konkretisierung aller Entscheidungen verlangt. Er führt nicht an und konkretisiert nicht, welche genauen Umstände es nicht ausschließen, dass die Person als fluchtverdächtig eingestuft werden dürfte, auf welche konkrete Weise er die Klärung des tatsächlichen Tatbestandes behindern könnte. Seit der Zeit Dzerzhinskijs, dessen Bild die Arbeitszimmer vieler Unter-

suchungsrichter bis dato schmückt, haben sich die Repressivorgane so was nicht erlaubt.

Am Nachmittag des gleichen Tages aber wechselt der Untersuchungsrichter seine Meinung grundlegend und kommt zum gewissen Schluss, es gebe keine vom Gesetz vorgeschriebenen Grundlagen für I. M. Risaks Festnahme, und trifft die Entscheidung über dessen Freilassung aus der Isolierhaft, wohin er zuvor durch seine eigene Entscheidung interniert worden war.

Eine derartige „Folgerichtigkeit“ der Rechtsauffassung eines Ermittlungsorgans erinnert an die sowjetischen Zeiten, als das Land und alle Mitglieder der KpdSU verpflichtet waren, sich der Generallinie der Partei einzufügen.

Der Fehler scheint korrigiert zu sein: nach dieser legitimen und begründeten Entscheidung darf sich Iwan Risak in der Freiheit befinden. Ob er danach versuchte sich flüchtig zu machen? Nein. Ob er Schritte unternahm, die Klärung des tatsächlichen Sachverhaltes zu erschweren? Nein. Ob er verbrecherische Tätigkeiten aufnahm? Ebenfalls nein. Weder in staatsanwaltlichen Anträgen noch in gerichtlichen Urteilen gibt es solche Fakten oder betreffende Bezugnahmen. Im Gegenteil: all diese Zeit benimmt sich Risak als gesetzkonformer Musterbürger.

Mit Zustimmung des Untersuchungsrichters fährt er zur Behandlung nach Kiew ab. Während sich Risak im Krankenhaus befindet, erfährt er aus Massenmedien, dass er in einem anderen strafrechtlichen Fall verhört werden sollte. Auf eigene Initiative nimmt er Kontakt mit dem Untersuchungsrichter Sojma M. M., der in dieser Sache ermittelt, teilt über seinen Aufenthalt mit und tätigt seine Zeugenaussagen gleich im Krankenhaus.

Ich mache ebenfalls auf einen weiteren Umstand aufmerksam, der eindeutig beweist, dass es keine Grundlage für die Inhaftierung Iwan Risaks gibt. Nach der neuen Vorbeugungsmaßnahme, der schriftlichen Verpflichtung des Ausreiseverbots, wurden gegen Iwan Risak in dem gesetzlich festgelegten 10-tä-

Reaktion des Geschäftsmannes Rinat Achmetow aus Donezk auf eventuelle Anklagen bezweckt haben sollte.

Doch gleichzeitig verfüge die Polizei über keine ausreichenden Beweise der Schuld des ukrainischen Milliardärs.

Die Mitteilung, dass die Kriminalpolizei den reichsten Mann der Ukraine Rinat Achmetow zum Verhör vorlädt, hat das Innenministerium erst vor kurzem veröffentlicht. Gleichzeitig berichteten ukrainische elektronische Massenmedien darüber, dass Rinat Achmetow in die Polizei ebenfalls im Rahmen der Untersuchung des sogenannten „Falls Bootsmann“ vorgeladen werde.

Den Darstellungen zufolge sollte Herr Achmetow 1988 im Attentat gegen einen kriminellen Größen in Donezk namens Sergej Tschernyschew, alias „Bootsmann“, involviert gewesen sein. Rinat Achmetow befolgte die Vorladung nicht: wie seine Pressestelle mitteilte, befände er sich augenblicklich im Ausland. Doch gleich nach dieser Vorladung leitete Herr Tschernyschew dem Untersuchungsrichter ein Schreiben zu, in dem er Achmetow am Attentat gegen ihn für unbeteiligt erklärt.

Im Innenministerium ist man aber überzeugt, dass Sergej Tschernyschew seinen Brief unter Druck unterschrieben hätte. „Der Sicherheitsdienst Achmetows begab sich schleunigst in die russische Kapitale. Man machte den „Bootsmann“ ausfindig, redete mit ihm herzlich und offen, danach schrieb er seinen Brief“, behauptet Herr Moskal grundlos. Auf der anderen Seite, sei man im Innenministerium mit der Erscheinung des Schreibens überaus zufriedengestellt, weil auf seiner Basis eine Anklage erhoben werden kann. Nach Moskals Worten, sei „es nicht schwer zu erraten, wer in dieser Straftat als der wichtigste Verdächtige auftreten wird. Selbstverständlich der reichste Mann der Ukraine“.

Die Pressestelle erwiderte die Erklärung General Moskals, indem sie das Schreiben

gen Zeitraum keine Anklagen erhoben. Aufgrund dessen hätte er alle Möglichkeiten gehabt, sich flüchtig zu machen und das ukrainische Gebiet zu verlassen. Doch er hat davon Abstand genommen. Ausgerechnet aus dem Grund, dass er sich für unschuldig hält, seine Unschuldigkeit zu beweisen sucht, um den Schmutz abzuwaschen, mit dem er öffentlich und unter Missachtung der von der ukrainischen Verfassung festgeschriebenen Unschuldsvermutung besudelt worden war.

Am 13. Mai 2005 realisiert die Staatsanwaltschaft der Sakerpatskaja Region den zweiten Abschnitt der zielgerichteten Operation zum Freiheitsentzug für Iwan Risak und nimmt ihn unter dem Verdacht des gleichen Verbrechens nochmals fest, nach dem er bereits am 12. Februar festgenommen und freigelassen wurde.

Nach seiner Festnahme und Überführung in die Isolierhaft werden die Ermittlungsorgane und Gerichtshöfe plötzlich blind und taub gegen die Argumente, die die Grundlosigkeit der Inhaftierung als der härtesten Vorbeugungsmaßnahme beweisen. Die Gerichtshöfe setzen auf die Verschweigung der Argumente der Verteidigung...“

Amerikanische Rechtsanwälte erklären, dass die ukrainische Polizei den politischen Auftrag gegen einen der erfolgreichsten Geschäftsmänner der Ukraine, Rinat Achmetow, ausführt

■ Wie die Zeitung „Kommersant-Ukraine“ mitteilt, habe der stellvertretende Innenminister Gennadij Moskal eine erfolgreiche „Sonderoperation“ bekannt gegeben, die angeblich die



Rinat Achmetow

der amerikanischen Rechtsanwaltsfirma Akin Gump Strauss Hauer & Feld LLP veröffentlichte, die Herrn Achmetow juristisch berät. In diesem Dokument erklärt der Firmenpartner Marc MacDowgall, dass seine Gesellschaft über „beglaubigte Beweise“ verfüge, nach denen „die Rechtsschutzbehörden gegen Herrn Achmetow unbegründete Beschuldigungen erheben“. Die Vorgehensweise der ukrainischen Polizei bezeichnete Herr MacDowgall als politischer Auftrag.

Die Rechtsanwaltsfirma Akin Gump Struss Hauer Feld verbindet die Anklagen gegen Achmetow mit seiner Beschwerde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte über die Reprivatisierung des Unternehmens „Kroworoshstahl“.* Die Rechtsberater des Industriellen legen die Anklagen gegen Achmetow als eine „falsche Beweisführung in dem Versuch, auf politische Opponenten Druck auszuüben“ aus. Die Juristen

* „Kriworoshstahl“: das größte Hüttenwerk der Ukraine, das sich im Eigentum der ukrainischen Industriellen Rinat Achmetow und Wiktor Pintschuk befindet. Die neue Macht beabsichtigt, den Betrieb ins staatliche Eigentum zurückzuführen

des Unternehmens erklären, dass die Firmen Achmetows in den letzten sechs Monaten „permanenten Angriffen“ seitens der Macht ausgesetzt sind, weil ihr Eigentümer in der vorigen Wahl Wiktor Janukowitsch als Widersacher des jetzigen Präsidenten Wiktor Juschtschenko unterstützte.

Politologe Wiktor Neboshenko:

„Es ist gut möglich, dass die Behörden, indem sie gegen Achmetow ein strafrechtliches Verfahren eröffnet haben, versuchen, ihn von der Teilnahme an der wiederholten Ausschreibung für die Privatisierung von „Kriworoshstahl“ auszuschalten. Offensichtlich haben die Behörden die Gerüchte über die Flucht Achmetows selbst in Umlauf gesetzt, um bei ihm das „Flüchtlingssyndrom“ hervorgerufen und ihn wirklich zum Verlassen des Landes zu zwingen. Wahrscheinlich wird die gleiche Taktik auch in bezug auf Wiktor Pintschuk verwendet“.

Um die Vorladung auszuhändigen, wurde das Wohnhaus gestürmt

■ Die Pressestelle der Agrarischen Partei der Ukraine ließ eine Mitteilung verbreiten, nach der eine polizeiliche Sondereinheit in das Wohnhaus des ehemaligen Gouverneurs der Kiewskaja Region Anatolij Sasucha und seiner Frau, der Volksabgeordneten Tatjana Sasucha, gewaltsam eingedrungen war.

Laut Bericht der Zeitung „Segodnja“ ereignete sich der Zwischenfall im Dorf Kowalicha. Wie Tatjana Sasucha erzählt, hätten die Angehörigen der Sondereinheit das Grundstück über den Zaun angegriffen. Anschließend beabsichtigten sie ins Landhaus einzusickern, wurden aber daran von Dorfeinwohnern und Wache verhindert.

„Den Menschen legte man Handschellen an, sie wurden mit dem Gesicht zu Boden geworfen... mit Schlagstöcken geschlagen“. Um angeblich nur Anatolij Sasucha, der am diesem Tag nicht zu Hause war, eine Vorladung auszuhändigen. Am Mittwoch abends erschienen die Spezialkräfte abermals im Dorf, wurden aber von etwa 500 Einwohnern der Dörfer Winnizkije Stawy, Kowaliwka, Polanitschnizy und Ustimowka zum Haus nicht zugelassen.

Die Polizei und Staatsanwaltschaft der Region Cherson und ihrer Stadt sind nicht imstande, Rechte und Interessen, Leben und Gesundheit der Einwohner zu schützen, erklärt die Zeitungsdirektion „Wgoru“

■ Wie die Internetzeitungen „Obkom“ und „Telekritika“ berichten, sei in die Redaktion der Zeitung „Wgoru“ die Meldung eingegangen, dass unbekannte Personen mit den Gerichtsvollziehern an der Spitze die Räumlichkeiten des Verkaufshauses «Columbia» demolierten, obwohl der Oberste Gerichtshof der Ukraine jegliche Operationen mit dieser Immobilie unterbunden hatte.

Der Reporter, der zum Verkaufshaus geeilt war, wurde sofort von drei Männern angegriffen, sie sich zunächst als Polizeibeamte, ein wenig später als Gerichtsvollzieher vorstellten. Nachdem aber die tatsächlichen Polizisten erschienen waren, erklärten sie, sie wären „einfach Bürger der Ukraine“.

Diese „Bürger“ verrenkten dem Fotoreporter Maxim Solowjew die Arme und nach dem angewandten Würgegriff

beschlagnahmen sie seine Kamera. Der Reporterin Natalia Kosarenko nahmen sie ein Diktiergerät weg. Anschließend wurden die Geräte zurückgegeben, doch die Kamera ohne Chip-Speicherkarte. Das Tonband aus dem Diktiergerät wurde demonstrativ verbrannt. Die Polizisten, die daneben standen, mischten sich nicht ins Geschehen ein.

Nach diesem Zwischenfall veröffentlichte die Redaktion der Zeitung „Wgoru“ eine Erklärung, in der festgestellt wird, dass „die Polizei in Cherson und der Region nicht imstande ist, die Rechte und Interessen, das Leben und die Gesundheit der Bürger zu gewährleisten. In Cherson dürfen Fremdlinge am helllichten Tage ungehindert Journalisten berauben, ihnen die Arme auszurenken, sie bedrohen, Gebäude demolieren, während die Polizei keinen Finger rührt“.

Nach dem Ereignis veranstalteten Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen Chersons eine Pressekonferenz, auf der es um rechtliche Zügellosigkeit seitens der exekutiven und Rechtsbehörden ging.

Wie die Internetzeitung „Politterror“ feststellt, brachten die anwesenden Juristen, Unternehmer, Assistenten der Abgeordneten und Journalisten ihre Empörung über himmelschreiende Untätigkeiten der regionalen Macht zum Ausdruck. Nach den Worten der Abgeordneten, die danach nach Kiew kamen, wüssten sie keinen Ausweg aus der festgefahrenen Situation in Cherson.

Nach Aussage der Chefredakteurin der Zeitung „Wgoru“ Natalia Bimbiraite, wurden infolge dieser Konfliktsituation, die sich in eine herkömmliche Prügelei zwischen den Journalisten und denen, die sich als Polizeibeamte vorstellten, überschlug, den Mitarbeitern der Massenmedien Kameras und Diktiergeräte entwendet und kaputt gemacht. Die Beschwerden an die Rechtsschutzorgane bewirkten nur faule Versprechen, Vertreter der Zeitung in die Kommission zur Untersuchung dieses Vorfalls einzubeziehen.

Die ganze Ukraine und, ganz bestimmt, die internationale Öffentlichkeit wurden kür-

zlich Zeugen, wie in Cherson drei Menschen als lebendige Fackeln aufgingen. Vor den Amtsbüros der exekutiven Strukturen und gerichtlichen Instanzen entschieden sich die Menschen zu Selbstverbrennungsakten, am Leben blieb nur einer von ihnen. Die Journalisten wandten sich mit Offenen Briefen an das Sekretariat des Präsidenten, damit „sich die lebendigen Kerzen nicht zu einem riesigen Flächenfeuer ausbreiten“, schreibt die Zeitung „Politterror“ abschließend.

Mitarbeiter der Fernsehgesellschaft in Odessa werfen den Rechtsschutzbehörden eine Provokation vor

■ **Wie in einer Pressemitteilung der Rundfunk- und Fernsehgesellschaft „ART“ festgestellt wird, erschienen am 31. Juli einige Dutzende Vertreter der Rechtsschutzorgane in dienstlichen Räumlichkeiten der Gesellschaft und forderten die Mitarbeiter auf, ihre Arbeitsplätze zu räumen, weil angeblich ein Anruf über das Verminden des Gebäudes eingegangen sei.**

In der Pressemitteilung wird ebenso darauf hingewiesen, dass sich fremde Personen, d.h. Vertreter der Rechtsschutzorgane, in den Büros der Gesellschaft anderthalb Stunden lang aufhielten. Danach stellte es sich heraus, dass Flash-Karten und Disketten mit unterschiedlichen Dateien verschwunden waren. Es wurde auch ein Computer beschädigt, an dem man versuchte, Dateien zu exportieren.

Solche Handlungen der Polizei schätzt die Geschäftsführung der Rundfunk- und Fernsehgesellschaft als „eine Provokation“ ein, die „durch jüngste harte Programme der Journalisten gegen gewisse Handlungsmethoden

der regionalen Behörden“ hervorgerufen seien.

In diesem Zusammenhang wandten sich die Vertreter der „ART“ an den Staatsanwalt der Odesskaja Region und den Chef der staatlichen Odesskaja Regionaladministration mit der Bitte um „sofortige Einmischung in die Situation und Gewährleistung einer sorgfältigen Untersuchung des Zwischenfalls durch die regionale Staatsanwaltschaft“. Ebenfalls bittet die „ART“ die Staatsanwaltschaft, den „Auftraggeber festzustellen“ sowie der Gesellschaft das entwendete Eigentum zurückzugeben.

Für Behördenkritik wird eine gesellschaftliche Persönlichkeit festgenommen

■ **Wie die Zeitung „Segodnja“ mitteilt, wurde dem Hauptkoordinatoren der „Forums für Kiews Errettung“ Witalij Tschernjachowskij Rowdytum inkriminiert**

Seine Festnahme erfolgte gleich nach einer Pressekonferenz in der Nachrichtenagentur „UNIAN“, auf der die Ergebnisse der gesellschaftlichen Anhörungen über die städtebaulichen Praktiken in Kiew behandelt wurden. Auf der Konferenz waren Vertreter der staatlichen Behörden wie auch die Leitung des „Forums für Kiews Errettung“ anwesend (diese gesellschaftliche Organisation kämpft gegen die ungesetzliche Bebauung der Hauptstadt und setzt sich aus den dem heutigen Oberbürgermeister Kiews Alexander Omeltscheko oppositionellen Abgeordneten zusammen).

Auf den Anhörungen hatte Witalij Tschernjachowskij skandiert: „Omeltschenko gehört auf Zellenpritsche!“. Sein Mitsreiter, Mitglied der Abgeordnetenversammlung Kiews Witalij Komow gab zwar zu, sein Kollege habe im gegebenen Fall offensichtlich den Bogen überspannt, ist aber sicher, dass die Fest-

nahme Tschernjachowskij als Verfolgung für politische Überzeugungen, für aktive Kritik der städtischen Behörden und Widerstand gegen die gesetzwidrige Bebauung der Stadt einzuschätzen sei,

Dem Kommentar der Zeitung „Pokiewski“ zufolge, erinnere der Durchführung der Festnahme an eine minderwertige Krimigeschichte. Als Tschernjachowskij den Schewtschenkowskij Kreisgerichtshof aufsuchte, kamen auf ihn in dessen Hof vier Polizisten zu und teilten mit, er sei wegen eines „administrativen Vergehens“ festgenommen. Die Themisdienner legten kein Protokoll vor, baten nur ins Auto einzusteigen und brachten ihn mit dem gewöhnlichen Shigulifahrzeug in den Petscherskij Gerichtshof.

Die Richterin Natalia Kwasnewskaja verkündete dort sofort das „Urteil“, und Tschernjachowskij wurde sogleich in das Petscherskij Stadtbezirksamt der Polizei abtransportiert. Am nächsten Morgen wurde er in die Isolierhaft überführt. Trotz mehrmaliger Bitten seinerseits wurde ihm keine

Möglichkeit gewährt, seine Familienangehörigen anzurufen, den Rechtsanwalt vorzuladen bzw. einen Protest einzureichen. In der Isolierhaft stellte es sich heraus, dass das Gerichtsprotokoll fehlerbehaftet ist: die Richterin hätte es „vergessen“, das Anfangsdatum der Inhaftierung hineinzuschreiben. Erste danach erbarmten sich die Polizisten in Staraja Darniza und riefen Tschernjachowskij Verwandte an.

Witalij Tschernjachowskij Rechtsanwalt Wasilij Gudz stellt dazu fest:

„Sogar beim flüchtigen Blick auf dieses Protokoll springen drastische Verletzungen der bestehenden ukrainischen Gesetzgebung in die Augen. Es wurde von den Zeugen nicht unterschrieben, die Richterin Kwasnewskaja einfach nicht befragt hatte: es gibt kein diesbezügliches Protokoll. Am wesentlichsten erscheint aber, dass meinem Mandanten das Recht auf Verteidigung versagt wurde, was den europäischen rechtlichen Gegebenheiten widerspricht.“

POLITISCHE VERFOLGUNGEN

Der ehemalige Vorsitzende des Donezkij Regionalrates erklärte, dass die Generalstaatsanwaltschaft und die Organe des Gerichtswesens zu Werkzeugen der politischen Abrechnung mit Unwilligen ausarten

■ **Anfang Juni wandte sich der ehemalige Vorsitzende des Donezkij Regionalrates Boris Kolesnikow an die Werchowaja Rada mit einem Schreiben, in dem er um die Bildung einer provisorischen Untersuchungskommission ersuchte, die das gegen ihn eingeleitete strafrechtliche Verfahren prüfen sollte.**

Im dem Anschreiben brachte B. Kolesnikow Beweise seiner Unschuld bei und beschuldigte das neue Regime politischer Verfolgungen. Er teilte mit, dass er eine Klage gegen seine Richter wegen ihrer gesetzwidrigen Urteile eingereicht habe. Am 2. August wurde er gleich im Verhandlungsraum des Berufungsgerichtshofes in Kiew freigelassen. Das Gericht befand die Begründungen der Generalstaatsanwaltschaft für stichhaltlos, während die letztere auf der Verlängerung seiner Inhaftierung bestand (er hatte sich ohnehin seit dem 6. April in der Isolierhaft befunden). Gleichzeitig berücksichtigte das Gericht Kolesnikows Gesundheitszustand.

Nachstehend folgen einige Auszüge aus seinem Schreiben:

„Ich wende mich an Sie nach dem Recht, das ich laut den Artikeln 61, 62 und 89 der Verfassung der Ukraine besitze, sowie in Anbe-

tracht des großen gesellschaftlichen Interesses an dem strafrechtlichen Verfahren, das gegen mich als Vorsitzenden des Donezkij Regionalrates eingeleitet wurde. Faktisch aber wurde mir die Freiheit für meine politischen Überzeugungen und Teilnahme an der oppositionellen Tätigkeit entzogen.

Als Ziel des strafrechtlichen Verfahrens gegen mich dient die politische Verfolgung der Opposition, die Einschüchterung ihrer Führer und Aktivisten. Ich stehe der Donezka Regionalorganisation der Partei der Regionen vor, die mehr als 300.000 Mitglieder zählt. Gegenwärtig richtet sich die Politik auf Suche und Vernichtung der „Feinde“ aus, die vor allem der Partei der Regionen angehören und in ihrer Mehrzahl in Donbass leben.

Dieses strafrechtliche Verfahren gegen mich kann nur ein gefälschtes sein. Die Richter, die über meine Inhaftierung entscheiden, verletzen damit die Verfassung der Ukraine, das Strafgesetzbuch der Ukraine und die Konvention über die grundlegenden Rechte und Freiheiten von 1950, sie handeln der Macht zuliebe, nicht der Rechtsprechung. In diesem Zusammenhang sah ich mich gezwungen, eine Gerichtsklage gegen die Richter zu erheben, die wissentlich gesetzwidrige Urteile fällen.

Gegen mich wurde bekanntlich das strafrechtliche Verfahren eingeleitet, bei dem ich der Erpressung in bezug auf die Aktien der TZ „Belyj lebedj“ beschuldigt werde, die Pentschuk W.A. und Pentschuk B.W. gehören.

Die Ermittlung in diesem Fall wurde unobjektiv, voreingenommen und in absichtlich anklägerischer Richtung durchgeführt. Es wurde auch mein Recht auf Verteidigung verletzt. Während der Ermittlung wurden unter Missachtung des Artikels 22 des Strafgesetzbuches der Ukraine keine Umstände festgehalten und untersucht, die mich entlasten und meine Unschuldigkeit in den inkriminierten Verbrechen beweisen, ganz umgekehrt. Während sogar die Zeugen, die der Familie Pentschuk angehören, u.a. der Schwiegersohn und die Tochter, wiederholt

den Massenmedien erklären, dass ich niemals und nichts von der Familie erpresst habe, werden diese Aussagen von der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine völlig vernachlässigt. Mehr noch: auf einmal hörten die Tochter Pentschuks W. A. und ihr Ehemann nach dem Ermessen der Ermittlungsrichter auf, Familienangehörige zu sein, weil sie keine der Voruntersuchung genehmen Aussagen tätigen.

Darüber hinaus wurden die strafrechtlichen Verfahren gegen mich von den dafür nicht befugten Personen eingeleitet, in Verletzung der Bestimmungen des Artikels 31 des Gesetzes der Ukraine „Über den Status der Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen“, was an und für sich die Unparteilichkeit der Ermittlungsorgane ab der Eröffnung des Verfahrens ausschließt.

Die Voruntersuchungsorgane, die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine lehnen es ab, meine Aussagen zu prüfen sowie die Bestimmungen des Artikels 22 des Strafgesetzbuches der Ukraine einzuhalten, die nicht nur die Beweisführung meiner Schuld, sondern auch meiner Unschuldigkeit festlegen.

Als Verletzung meines Rechtes auf Verteidigung fasse ich auch die Verschommenheit der Anklage auf. Ich kann natürlich begreifen, wie schwer es fallen mag, eine gesetzkonforme Anklage gegen den Menschen zu formulieren, der keinerlei Verbrechen begangen hat. Doch als Angeklagter habe ich das Recht zu erfahren, in welcher Stadt, wann genau und durch welche Handlungen ich ein Verbrechen begangen hätte. Die Voruntersuchung aber konnte bis dato keine tatsächlichen Umstände benennen.

Die Generalstaatsanwaltschaft hüllte mit dem Kriminalgesetz faktisch die Abrechnung mit mir als politischem Opponenten der Macht um. Die Rechtsprechung funktioniert augenblicklich auf die selektive Weise: die einen werden aus erdichteten Motiven verhaftet, die anderen kommen leichten Kaufs davon, wenn sie auch ungesetzlich strafrechtliche Verfahren einleiten und

wissentlich unschuldige Menschen vors Gericht bringen.

Die Generalstaatsanwaltschaft und die Organe des Gerichtswesens wurden nicht Instrumente der Rechtsprechung und des Schutzes der verfassungsmäßigen Ordnung der Ukraine, sondern zu politischen Werkzeugen der Abrechnung mit den Unwilligen, wofür das strafrechtliche Verfahren gegen mich ein überaus krasses Beispiel liefert.

Nach den erwähnten zahlreichen Verletzungen, die die Voruntersuchungsorgane und Gerichtshöfe zugelassen haben, verliere ich den Glauben, dass es in der Ukraine überhaupt eine Rechtsprechung gibt. Die absichtliche Missachtung der gesetzlichen Normen, die Verletzung meiner Rechte als Mensch und Bürger von den Ermittlungsorganen lassen mich die Rechtsprechung auf der internationalen Ebene suchen.

Indem ich Abgeordneter war, bemühte ich mich um die Entwicklung der Ukraine als Rechtsstaat und den Aufbau der Zivilgesellschaft. Doch heutzutage haben sich die Voruntersuchungsorgane und Gerichte durch Handlungen ihrer gewissen Vertreter diskreditiert und ziehen das Prinzip der Gesetzeshoheit in der Ukraine in Zweifel. Ich habe den Glauben an die Ehrlichkeit, Unvoreingenommenheit und Gerechtigkeit der Rechtsschutzorgane und Gerichte verloren.“

Der Vorsitzende der Partei „Ukraine der Arbeit“ Wiktor Konowaljuk bezeichnete alle Anklagen gegen den Ex-Vorsitzenden des Donezkij Regionalrates Boris Kolesnikow als absurd und erklärte:

„Dadurch legt die Macht ihre Schwäche offen. Die Macht, die heute über die ganze Palette der Kompetenzen verfügt und autoritär das Land führt, darf nicht mit gefälschten Anklagen und Verfolgungen der Menschen anfangen.“

Er vermerkte auch, dass der Garant der Verfassung „eine selektive Haltung gegenüber den Gesetzen und Persönlichkeiten“ einnimmt.

„Die neue Macht ist unter dem Motto der Gesetzlichkeit gekommen. Was aber für sie heute Gesetzlichkeit ausmacht, konnten sich nicht nur die Ukrainer, sondern auch internationale Beobachter in der Welt, insbesondere in Europa vergewissern, wo die Menschenrechte tatsächlich gewährleistet werden. Ich bin sicher, es bestehen alle Voraussetzungen, in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine Diskussion über die der Ukraine existierende Situation zu initiieren“.

Volksabgeordnete und Rechtsanwalt erklären, dass die Generalstaatsanwaltschaft ihre Aktivitäten zum Schutz der Menschenrechte behindert

■ Gegen die Volksabgeordnete und Vertreterin der gleichnamigen Fraktion der Partei der Regionen der Ukraine Raissa Bogatyrewa und den Rechtsanwalt Andrej Fedur, die die Interessen des ehemaligen Vorsitzenden des Donezkij Regionalrates vertreten, wurden strafrechtliche Verfahren wegen ungesetzlicher Verbreitung von vertraulichen Informationen durch Massenmedien eingeleitet.*

Wie die elektronische Zeitung „Politerror“ mitteilt, bezeichnete Raissa Bogatyrewa in diesem Zusammenhang die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine als ein „Organ der Vereinschüchterung der Bürger“. In bezug auf ihren Mandanten stellte sie fest, dass die Basis, auf der alle Anklagen gegen Boris Kolesnikow fußen,

* Die Generalstaatsanwaltschaft leitete gegen die Volksabgeordnete Raissa Bogatyrewa und Andrej Fedur ein strafrechtliches Verfahren deswegen ein, weil die beiden über Massenmedien die Informationen über die Bankenguthaben der Familie Pentschuks verbreitet hatten, deren einzelne Angehörige den früheren Vorsitzenden des Donezkij Regionalrates Boris Kolesnikow der Erpressung beschuldigen

von seinen Rechtsanwälten aufgrund der gesetzlich beschaffenen Materialien vollständig widerlegt wurden. In der entstandenen Situation sollte man sich, wie die Volksabgeordnete meint, vor Boris Kolesnikow entschuldigen. Statt dessen werden strafrechtliche Verfahren gegen sie und den Rechtsanwalt Andrej Fedur eingeleitet, indem man versucht, ihre Tätigkeiten zur Verteidigung der Menschenrechte zu hintertreiben. Die Volksabgeordnete ist sicher, dass die Aktionen der Generalstaatsanwaltschaft gegen Andrej Fedur ausschließlich als Versuch einzuschätzen sind, Boris Kolesnikow die professionelle Verteidigung zu entziehen.

Raissa Bogatyrewa behauptet, ihre Aktionen seien adäquat, systematisch und logisch gewesen, deshalb habe man an ihr nur gerächt. „Das ist eine Auftragsache. Sie ist politisch“, sagt sie. „Ich glaube, es handelt sich um die gleichen Leute, die auch Boris Kolesnikow in Auftrag gegeben haben“. Sie ist überzeugt, dass durch solche Entwicklungen „der Glauben der Menschen an die Gerechtigkeit definitiv ruiniert wird. Ausgerechnet meine politische Position war die Ursache solch eines ungeheuren Drucks auf mich“.

Im Interview der Zeitung „Denj“ sagte sie u.a., dass ihres Wissens nach Donezk eine Sondergruppe geschickt worden sei, deren Mitglieder belehrt wurden, von Geschäftsleuten die Aussagen „herauszuschlagen“, die die Schuld Kolesnikows beweisen sollten:

„Aus Boris Kolesnikow dürfte man weder einen Nationalhelden noch einen Märtyrer machen. Das ist ein selbständiger und recht bekannter Politiker, ein richtiger regionaler Führer. Er zeichnete sich immer durch seinen festen Charakter, manchmal sogar Geradlinigkeit aus, was natürlich vielen nicht gefiel“.

Am Beispiel des gegen ihn aufgerollten strafrechtlichen Verfahrens wolle die neue Macht der Öffentlichkeit vor Augen führen: heutzutage könnte man jedem ein Anklageurteil fällen, es reicht nur, den Menschen haltlos einen Banditen zu nennen und tagtäglich den Menschen durch kontrollierte Massenmedien diesen Gedanken einzuhämmern.

Die Menschen, die bei der Generalstaatsanwaltschaft in Misskredit fallen, sind bekannte und populäre Persönlichkeiten in den Regionen, die traditionell die Basis unserer Partei und anderer Oppositionskräfte bilden. Ich schätze dies als Versuche der neuen Macht ein, den Opponenten den wirtschaftlichen und politischen Boden sowie das Wählerpotential zu entziehen. Es geht um eine ziemlich eigenartige Methode der Wahlvorbereitungen. Es wird also das Szenario angesprochen, bei dem die Kandidatenwahlliste von unserem Block als eine Liste der strafrechtlichen Fälle erscheint“.

Raissa Bogatyrewa erhob bei der Generalstaatsanwaltschaft eine Gegenklage.

Der Rechtsanwalt von Boris Kolesnikow Andrej Fedur stellte fest:

„Ich war und bin in der Bewegung für den Menschenrechtsschutz in der Ukraine aktiv. Mein wichtigstes Anliegen lag und liegt in der Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten des Menschen. Als Boris Kolesnikows Anwalt bin ich nach dem Gesetz verpflichtet ihn zu verteidigen. Das sind meine unmittelbaren Kompetenzen. Das eigentliche Problem besteht aber darin, dass es gefährlich ist, sich in der Ukraine für Menschenrechte einzusetzen. Dafür kann man zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Ich verfüge über unbestreitbare Beweise, dass die Sache Kolesnikows fabriziert wurde. Ich weiß, welche Akten und welche Seiten gefälschte Unterlagen enthalten. Und die Generalstaatsanwaltschaft weiß zu gut, dass dies mir bekannt ist. Sie weiß auch, das ich darüber nicht schweigen werde. Man hat dort Angst, dass ich das tue. Doch ich tue es bestimmt, wenn die Zeit kommt“.

Die Beauftragte für Menschenrechte Nina Karpatschewa sagt, dass sie ebenfalls der Verletzung der Verschwiegenheitspflicht der Ermittlung beschuldigt werde:

„...Der Innenminister warf mir vor, ich hätte während meines Auftritts in der Werchownaja Rada das Geheimnis der Voruntersuchung gelüftet. Und überhaupt wäre das ganze

strafrechtliche Verfahren von der Beauftragten für die Menschenrechte vereitelt... Solche raue Anschuldigungen musste ich mir zum erstenmal in meiner gesamten Amtszeit anhören lassen. Erstens, um das Geheimnis der Voruntersuchung lüften zu können, müsste man es kennen. Zweitens, ist es notwendig, seine Unterschrift unter das Dokument zu setzen, das die Verschwiegenheitspflicht auferlegt. Es wurde bekannt, dass die Verteidigung Kolesnikows einer halben Million US-Dollar auf die Spur kommen konnte, die Pentschuk ausgegeben und auf ein paar Dutzenden Konten bei der Ukrsozbank untergebracht hatte. Doch die leidtragende Seite berichtete nur über zwei Konten, alle anderen wurden der Untersuchung verheimlicht.

Ich möchte nicht auf den Kern des strafrechtlichen Verfahrens eingehen: der Angeklagte und seine Verteidigung verfügen über genügend Kompetenzen und stichhaltige Argumente. Ich weiß, dass seine amerikanischen Rechtsanwälte augenblicklich an einer Klage arbeiten, um den Europäischen Gerichtshof anzurufen. Doch im großen und ganzen besteht nur eine einzige Perspektive, den Prozess zu gewinnen: aufgrund rein prozessualer Momente, die mit der Festnahme und Verhaftung zusammenhängen. Das Europäische Gericht trifft heute Entscheidungen in ähnlichen Fragen. Es gibt bereits ein Urteil in bezug auf die Ukraine...“.

De Sicherheitsdienst verfolgt die Pressesprecherin des früheren Vorsitzenden des Donezkij Regionalrates

■ Die Pressesprecherin des ehemaligen Vorsitzenden des Donezkij Regionalrates Elena Bondarenko wandte sich an ihre Kollegen aus den Massenmedien mit einem Hilferuf. Wie sie in ihrem Offenen Brief schreibt, „hat augenblicklich eine offene Hetzjagd gegen mich und meine Familie

seitens der Generalstaatsanwaltschaft angesetzt“.

Nach ihrem Auftrag „bearbeitet“ jetzt der Sicherheitsdienst der Ukraine ganz hart „mich und meinen Ehemann“. Am 22. Juli erschienen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im Büro und Wohnhaus. Von den Nachbarn erfuhren wir, dass einer von ihnen sogar den Posten vor unserer Tür bezogen hatte, auf einem von der Hausverwalterin ausgeliehenen Stuhl. Die anderen besuchten die Arbeitszimmer meiner Kollegen und die benachbarten Wohnungen in der Hoffnung, eine Vorladung aufzuzwingen, in der nur der Ort und Termin eines Gesprächs im Sicherheitsdienst angegeben sind.

Ich weiß, hier hat die Generalstaatsanwaltschaft ihre Hände im Spiel. Ausgerechnet nach ihrem Auftrag kreist jetzt der Sicherheitsdienst Kreise mich und meine Familie ein. Ich weiß auch, wieso dies gerade jetzt passiert. Weil Kolesnikow seine Aussagen über Massenmedien* bekannt gegeben hat. Da könnte ich ihm behilflich sein. Auf diese Weise behindere ich die Generalstaatsanwaltschaft und das Innenministerium bei der Abdeckung der Leute, die die Sache Kolesnikows fabriziert haben. Ich bin ganz sicher, dass ich nach dem angestrebten „innigen Gespräch“ nicht das Gebäude des Sicherheitsdienstes verlassen würde“.

Der Vorsitzende des Luganskij Regionalrates wirft der neuen Macht politische Verfolgungen, Fälschung strafrechtlicher Verfahren und Massenentlassungen von Profis vor

■ Wie die Internetzeitung „Glawred“ mitteilt, befindet sich der 56-jährige Vorsitzende

* Der ehemalige Vorsitzende des Donezkij Regionalrates Boris Kolesnikow gab diese Erklärung in der Haft ab. Augenblicklich befindet er sich in der Freiheit

des Luganskij Regionalrates Wiktow Tichonow bereits seit einem Monat unter der Verpflichtung des Ausreiseverbots. Augenblicklich wird er im Fall Separatismus angeklagt.

Tichonow hatte ein bisschen mehr Glück, im Vergleich zu seinem Kollegen aus der benachbarten Region Boris Kolesnikow, der am 6. April zu einem Verhör im Fall Separatismus in die Generalstaatsanwaltschaft vorgeladen wurde. Zur gleichen Zeit aber wurde gegen Kolesnikow noch eine andere Anklage wegen Erpressung erhoben, wieso man ihn sofort inhaftierte, und der Fall Separatismus blieb aus. Tichonow konnte aber die Freiheit behalten, weil sich Volksabgeordnete für ihn gebürgt hatten.

Wiktor Nikolajewitsch selbst verneint seine Schuld gänzlich, indem er behauptet, er habe keine separatistischen Aufrufe auf dem Kongress in Sewerodonezk gemacht. Nach seinen Worten, ging es dort vor allem um den Beweggrund des „Vaterlandes in Gefahr!“, wieso gesellschaftlicher Zusammenschluss und Einheitsfront für die einheitliche Ukraine vonnöten waren. Die Gründe für eine andere Auslegung des Kongresses in der Eishalle von Sewerodonezk liegen nach Tichonows Erachtens in der eventuellen Bestrebung der Macht, zu den Wahlen 2006 einige im Osten der Ukraine hochangesehene Führer nicht zuzulassen, die Wiktor Janukowitsch gestützt haben.

Tichonow berichtete der „Glawred“:

„Das strafrechtliche Verfahren über den Separatismus wurde wegen des Kongresses in Sewerodonezk sowie der Tagungen der Regionalräte in Donezk, Lugansk und Charkow eingeleitet. Die Voruntersuchungen übernahm der Sicherheitsdienst der Ukraine. In diesem Zusammenhang entsteht die Frage: wieso treten nur diese Städte in Erscheinung? Vom ehemaligen Generalstaatsanwalt Genadij Wasiljew wurden doch strafrechtliche Ver-



Wiktor Tichonow

fahren wegen ähnlicher Tagungen in der Westukraine eingeleitet, doch niemand ermittelte in dieser Sache weiter. Dabei ging es um den gleichen „Separatismus“, von dem heute die Rede ist. Praktisch in allen westlichen Regionen des Landes wurden Ende vergangenen Jahres die Abgeordnetenversammlungen veranstaltet, die unmissverständlich separatistische Entscheidungen trafen, das heißt die bestehende Macht nicht akzeptieren, die Polizei, den Sicherheitsdienst und die Staatsanwaltschaft auseinander jagen. Es fing alles mit der Stadtabgeordnetenversammlung in Lwow, dann folgte die regionale Versammlung. Die Tagungen in Donezk, Charkow, Saporoschje und Dnepropetrowsk fanden nach den Tagungen in der Westukraine statt, die tatsächlich die Einberufung des Kongresses in Sewerodonezk beschleunigten, auf dem ich den Vorsitz übernahm.

An dieser Versammlung der Abgeordneten aller Ebenen der Autonomen Republik Krim und der Regionen nahmen etwa 3.600 Abgeordnete teil, unter ihnen etwa 40 Parlamentarier der Werchowynaja Rada und Abgeordnete von 17 Regionalräten. Faktisch versammelten sich aber mehrere Tausende Menschen, die sich am Kongress beteiligen wollten, doch die Halle konnte nicht alle aufnehmen.

Der Kongress traf, wohlbermerkt, keine Entscheidungen, die auf Abspaltung einzelner Regionen bzw. Ungehorsam gegenüber

der Macht ausliefen. Davon war einfach keine Rede. Ja, natürlich waren dort unterschiedliche Äußerungen zu hören, wie in jeder Versammlung, auf jeder Kundgebung. Und der Kongress in Sewerodonezk ähnelte organisatorisch wirklich einer riesigen Kundgebung: draußen standen etwa 15 bis 20 Tausend Menschen, einige Tausende im Foyer und etwa 3,5 Tausend saßen im Saal, viele auf Treppen...

In der staatsanwaltlichen Anklage werde ich u.a. beschuldigt, mit der Gründung der ukrainischen Zwischenregionalen Union der Regionen zu tun zu haben. Man behauptet, diese Union stelle eine Intervention in die territoriale Einheit und Separatismus dar. Damals, auf dem Kongress in Sewerodonezk haben sich dieser Union 17 Regionen angeschlossen, doch der Beitritt steht, wie in dem Entschluss festgehalten wird, jeder Region offen. Sie ist eine gesellschaftliche Organisation, wie exbeliebige Assoziation.

Ich bin sicher, dass Präsident Juschtschenko die Stenogramme und Protokolle des Kongresses nicht gelesen hat, natürlich, hat er was anderes zu tun. Doch bin ich ebenfalls sicher, dass seine Umgebung das nicht getan hat. Mehr noch: sie hat nicht einmal der Untersuchungsrichter gelesen, obwohl die Dokumente nur etwa 50 Seiten zählen, nicht mehr. Wahrscheinlich dürften diese Unterlagen nur Menschen gelesen haben, die als Experten bezeichnet werden.

Zwei dieser Experten sind Juristen, die anderen zwei Historiker, denen Selbstverwaltung, Recht, Politologie und Philosophie fremd sind. Nur die Juristen waren es, die festgestellt haben, dass diese Beschlüsse nichts Besonderes in sich hatten, es riecht dort weder nach Separatismus, noch Abspaltung, noch nach Zerfall der Ukraine.

Der Präsident redete über richtige Dinge: es sollte keine Abhörpraxis geben, es wären Verfolgungen auszuschließen, er sei Präsident der gesamten Ukraine, auch derer, die nicht für, sondern gegen ihn gestimmt haben... Nach der Wahl sind bereits sieben Monate vergangen, doch die Menschen werden inhaftiert!

Die Polizei, die Staatsanwaltschaft und der Sicherheitsdienst arten heute zu strafenden Schwertern der Revolution aus.

Ich stimme zu, der Mensch habe nach dem Gesetz zu verantworten, aber: man müsste doch ein strafrechtliches Verfahren eröffnen, ihn durch das Gericht aburteilen und hinter Gitter stecken lassen. Vorausgesetzt, er verdient es! Bei uns sieht es aber ganz anders aus! Nur ein Beispiel. Wir haben in der Region eine Gesellschaft namens „Luganskleginvest“, die einen Gerichtsprozess gegen die regionale Staatsanwaltschaft gewonnen hat. Gewonnen, doch ein paar Stunden nachher wird ihr Generaldirektor festgenommen, und man fabriziert ein Verfahren gegen ihn persönlich. Es liegt doch klar auf der Hand, dass der Befehl von der Staatsanwaltschaft ergangen ist! Dabei sagt man ihm folgendermaßen: uns scheint es, dass Sie jener Organisation illegitim fünf Millionen Griwna überwiesen hätten... Ob eine solche Meinung alleine ausreicht, um eine hochgeachtete Person, einen Ehrenbürger der Stadt Lugansk, einen Träger vieler Orden, einen 64-jährigen Mann einsperren zu lassen?

In vielen Regionen wechselte man bereits mehrere neue Chefs der staatlichen Kreisadministrations. Weil man ganz unprofessionelle Menschen ohne praktische Erfahrungen ernannt hatte. In der Luganskaja Region wurden bereits vier solche Kreisleiter gewechselt. In einem Fall ging es um einen 38-jährigen Mann, der nur über ein einziges Jahr Arbeitserfahrung verfügte! So zeigte sich das Loyalitätsprinzip. Ferner wurde der Sohn eines kriminellen Größen, des sogenannten „Diebes im Gesetz“ zum Chef der Kreisadministration ernannt. Sogar der neue Gouverneur der Luganskaja Region lebte die letzten der Jahre nicht in Lugansk, sondern in Kiew. Dieser Mann kann auf gewisse ehemalige Autorität in der Region zurückblicken, besonders unter den Jugendlichen. Aber in jener Zeit war er selber jung, Bürgermeister wurde er damals, wie alle wissen, dank der Unterstützung eines kriminellen Größen. Die regionale Organisation

„Kraft des Volkes“ hatte darüber entsprechende Unterlagen vorgelegt: alle in zehn Abzügen! Man schrieb auch einen Brief an den Präsidenten. Mit welchem Effekt? Da kam nur eine Kommission, schaute sich umher und sagte: alles sei in Ordnung. Ich arbeite seit langem im staatlichen System, deshalb kenne ich in Kiew alle, und wer in solchen Fällen kommt, weiß ich auch“.

Entlassungsgrund für einen Beamten wurde sein Austritt aus der regierungsnahen Partei

■ Der ehemalige stellvertretende Chef der staatlichen Chersonskaja Regionaladministration Juri Gorbenko veranstaltete eine Pressekonferenz zum Thema **„Verfolgungen für politische Überzeugungen, Einmischung der Aktivisten der Volksunion „Unsere Ukraine“* in die Tätigkeit staatlicher Organe, erzwungene Amtsenthebung“**.

Wie die elektronische Zeitung „Politerror“ mitteilt, stellte Juri Gorbenko fest, dass „die regierungsnahen Partei alle staatlichen Verwaltungsorgane niedertritt und sich nach dem Prinzip verhält „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“.

„Wo bewegen wir uns hin? Zu politischen Repressalien? Jetzt geht es um politisches Monopol, demnächst bereits über politische Diktatur?“, -so fragte der ehemalige erste stellvertretende Gouverneur der Chersonskaja Region.

Indem er gleichzeitig glaubte, dass die zentralen Behörden in Kiew über die örtlichen Maßlosigkeiten nicht im Bilde sein könnten, wandte sich der Staatsdiener offen an das Staatsoberhaupt W. Juschtschenko. Er rief den Präsidenten auf, „solche Personen zu Räsion zu bringen, solange sie die Sache noch

* Volksunion „Unsere Ukraine“: ein Block der regierungsnahen Parteien

nicht auf den Hund gebracht haben“. Sonst könnten ihre Handlungen als ein im voraus geplanter Prozess aufgefasst werden, um den Ausgang der Wahlen 2006 zu beeinflussen.

Alles Unglück für diesen jungen und, wie es schien, für das Land perspektivreichen Beamten fing mit seinem Austritt aus der Volksunion „Unsere Ukraine“ an. Juri Gorbenko hatte seit 1996 leitende Funktionen in der staatlichen Chersonskaja Regionaladministration inne und betreute die Bereiche Medizin, Volksbildung, Kultur, Jugendpolitik, Sport, Innenpolitik, nationale Politik, politische Parteien und gesellschaftliche Organisationen. Er vertraute den Führern der „orangenen Revolution“, unterstützte aktiv die revolutionären Umwälzungen, die während der Präsidenten-Wahlkampagne verkündet worden waren. Anfang dieses Jahres schloss er sich der Volksunion „Unsere Ukraine“ an und wurde in ihren Politischen Rat gewählt.

Doch dann begann der harte Alltag. „Als ich mit der Praxis, mit realen Tätigkeiten des Führers der regionalen Volksunion „Unsere Ukraine“ in der Chersonskaja Region konfrontiere, begriff ich, es sei eine falsche Kumpanei für mich, der ich als Mensch nicht angehören kann, weil ich mich achte. Deshalb schrieb ich einen Austrittsantrag aus der Volksunion“, erzählte Juri Gorbenko. Nach seinen Worten wurde er anschließend zum Gouverneur der Chersonskaja Region B. Silenkow bestellt, der ihn aufforderte, auf eigene Initiative zu kündigen. Die Frage, was der Grund sein sollte, antwortete Silenkow offen: „Mir wurde gesagt, du hättest den Austrittsantrag eingereicht. Also bist du außerhalb der Volksunion, was hättest du anderes erwarten können?“.

Arbeitsentlassungen aus politischen Motiven als gängige Praxis in Energodar, Saporoschkaja Region

■ Der neugewählte Bürgermeister von Energodar entließ seinen ersten

Stellvertreter, Mitglied der Partei „Werktätige Ukraine“, W. Djatschenko, sowie die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigten)* den Geschäftsführer des kommunalen Wirtschaftsbetriebes W. Grizaj und den Geschäftsführer des Marktes N. Kosakow.

Wie die Zeitung „Nascha gazeta plus“ mitteilt, wurden diese Menschen auf grobe und zynische Weise entlassen, dazu unter Einsatz der polizeilichen Sondereinheit „Berkut“ der Saporoschkaj Regionalverwaltung des Innenministeriums.

Der ehemalige Bürgermeister Energodars sollte sein Amt nach dem Beschluss der Stadtabgeordnetenversammlung aufgeben. Als Ursache dienten dabei die nach der Meinung der neuen Macht unzufriedenstellenden Ergebnisse der Präsidentenwahl in der Stadt: für Janukowitsch hatten damals 69,6 Prozent, während für Juschtschenko 23,3 Prozent der Wähler gestimmt. In Energodar laufen augenblicklich gerichtliche Untersuchungen der Legitimität der Wahl des neuen Stadtoberhaupts, doch das hindert den neuen Bürgermeister keinesfalls daran, eine totale Lustration durchzuführen.

* Die erwähnten politischen Parteien befinden sich in der Opposition gegen die jetzige Macht

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der SDPU(v) Juri Sagorodnij erklärte, die Generalstaatsanwaltschaft fabriziere gegen ihn eine Anklage die seine Diskreditierung bezweckt

■ „Mir ist genau bekannt, dass in der Generalstaatsanwaltschaft an Anklagen und an einem strafrechtlichen Verfahren gegen mich eifrig gebastelt wird.“

Mir wurde ebenfalls bekannt, dass zur Grundlage der gegen mich vorzubereiten Anklagen die Entlassung des ersten stellvertretenden Chefs des Sicherheitsdienstes der Ukraine Wladimir Sajjuk gelegt wird, der im vorigen Dezember, als ich als erster stellvertretender Leiter der präsidentalen Administration tätig war, von Präsident Kutschma seines Amtes enthoben wurde.

Als stellvertretender Vorsitzender der SDPU(v) und Vorsitzender deren Exekutivkomitees befinde ich mich mit anderen Oppositionsvertretern, vor allem Führern der SDUU(v) auf der „schwarzen Liste“ der Personen, die von der neuen Macht durch Diskreditierungen politisch niederzudrücken sind. Und die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine tritt als Hauptwerkzeug bei der Erfüllung dieses politischen Auftrags.

Dass es einen solchen Auftrag gibt, insbesondere gegen die SDPU(v), wurde ich vor einigen Monaten von dem bekannten Rechtsschützer und Volksabgeordneten Grigorij Omeltschenko gewarnt, den man der Sympathien gegenüber unserer Partei kaum verdächtigen könnte. Doch alle darauffolgenden Aktionen der neuen Macht, einschließlich Verhaftungen und strafrechtliche Verfolgungen meiner Parteifreunde, geben dem Volksabgeordneten recht.



Juri Sagorodnij

Wie ich ausgezeichnet begreife, macht es sich die Generalstaatsanwaltschaft kaum umständlich, die erhobenen Anklagen zu begründen. Für sie ist die Vollzugsmeldung am wichtigsten, dem, wer dem Generalstaatsanwalt angeordnet hat, die Opposition zu vernichten. Dass der Auftrag tatsächlich existiert, zweifelt bereits keiner: nachdem der Präsident vor allen Ohren die Steuerbehörde beauftragte, bis Oktober in jeder Region 5 bis 7 aufseherregende Verfahren zu organisieren. Gegenteilig versprach er einfach die Beamten zu entlassen!

Ich bin sicher, dass gleiche Aufgaben auch der Staatsanwaltschaft gestellt werden.

Indem sie zur politischen und rechtlichen Erpressung greift, versucht die Macht heute mit allen Kräften die Opposition niederzudrücken und mit ihren politischen Opponenten abzurechnen. Das bedeutet nichts anderes als Gesetzlosigkeit und Willkür, die man früher oder später verantworten wird.

Die neue Macht wird bereits Hunderte gefälschte, eigentlich politische, strafrechtliche Verfahren verantworten müssen, Dutzendtausende Menschen, die ungesetzlich von der Arbeit entlassen wurden, Hunderttausende Menschen, die heute dem moralischen Druck der an die Macht gekommenen „orangenen Helden“ standhalten.

Ich rufe alle auf, die über das Gesetz wachen müssen, zu stoppen und sich die Folgen zu

Vorsitzender einer Wohltätigkeitsstiftung und Mitglied der Oppositionspartei wurde festgenommen

■ In Ushgorod wurde der stellvertretende Sekretär der Sakarpatskaja Regionalleitung der SDPU(v) und der Vorsitzende der Wohltätigkeitsstiftung „Wiedergeburt der Karpatoukraine“ Iwan Rosocha von Mitarbeitern des Innenministeriums festgenommen. Gegen ihn wurde ein strafrechtliches Verfahren wegen Veruntreuung und Bemächtigung des Eigentums sowie Dienstmissbrauchs erhoben. Aus diesem Anlass machte die Regionalleitung der SDPU(v) folgende Erklärung publik:

„Die Absurdität der gegen Iwan Rosocha erhobenen Anschuldigungen hält keiner Kritik stand. Der zweifelhafte Anlass für die Festnahme bestätigte nur ein weiteres Mal, dass sich die neue Macht zum Ziel gesetzt hatte, mit Aktivisten der Oppositionskräfte unter Einsatz aller zugänglichen Mitteln abzurechnen, und sie dadurch ihre Befürchtungen um die eigene politische Zukunft bloßlegt.“

Wie die Zeitung „Nascha gazeta plus“ schreibt, trete die Festnahme Iwan Rosochas nach der Verhaftung des Sekretärs der Regionalleitung der SDPU(v) Iwan Risak und des Mitglieds der Regionalleitung der SDPU(v) Wiktor Djadtschenko als Fortsetzung der politischen Repressalien auf, die in der Region gegen die vereinigten Sozialdemokraten geführt werden. Durch den billigen politischen Populismus strebt die Macht an, die Zuneigung der Bürger auf der kommenden Parlamentswahl zu gewinnen und den starken Opponenten aus dem Wahlkampf auszuschließen. Die Zeitung „Kiewskije wedomosti“ vermerkt dazu, dass der Vorsitzende der Wohltätigkeitsstiftung

überlegen! Indem Ihr verbrecherische Befehle ausführt, begehrt Ihr selber Verbrechen, für die Ihr einstehen würdet.

Fakten der politischen Repressalien und Willkürakte seitens der neuen Macht der Ukraine sind bereits der demokratischen Öffentlichkeit außerhalb des Landes bekannt. Und ich bin sicher, dass die internationale Öffentlichkeit bald eine diesbezügliche Note unserer „ehrliehen Macht“ ausstellen wird.

Ich erkläre, dass ich mit allen mir zugänglichen Mitteln dafür kämpfen werde, dass in der Ukraine Gesetzlichkeit und die verfassungsmäßigen Rechte jedes Ukrainers eingehalten werden. Ich weiß, dass ich bei weitem nicht allein in diesem Kampf bin.

Am Veröffentlichungstag dieser Erklärung suchte ein Vertreter der Machtorgane das zentrale Büro der SDPU(v) auf, um J. Sagorodnij eine Vorladung auszuhändigen. Augenblicklich befindet sich J. Sagorodnij auf Urlaub und Kur. Er ließ telefonisch mitteilen, dass er über den Wunsch der Generalstaatsanwaltschaft ihn zu verhören im Bilde sei, und nach seiner Rückkehr nach Kiew komme er als gesetzkonformer Bürger der Ukraine allen gesetzlichen Forderungen der Untersuchungsorgane nach. Er wiederholte auch, er halte den Druck der Generalstaatsanwaltschaft auf ihn für politischen Auftrag, der im Rahmen der geplanten Kampagne zur Beseitigung der Oppositionsführer ausgeübt wird.

Er wisse auch, dass am Vortag ein Vertreter der Rechtsschutzorgane die Vorladung dem Wächter des Hauses, wo J. Sagorodnij wohnt, in seiner Abwesenheit auszuhändigen versuchte. Nachdem der Wächter die Intention abgelehnt hatte, sagte der staatliche Vertreter, sollte Sagorodnij sich dringend nicht melden, „erlebe er das Gleiche wie Sasucha“*

*Im Juli ist eine polizeiliche Sondereinheit in das Wohnhaus des früheren Gouverneurs der Kiewskaja Region Anatolij Sasucha und seiner Frau, der Volksabgeordneten Tatjana Sasucha, gewaltsam eingedrungen, um eine Vorladung in die Generalstaatsanwaltschaft zu überreichen

„Wiedergeburt der Karpatoukraine“ Iwan Rosocha einige Tage von der nächsten Gerichtsverhandlung festgenommen wurde, die über das weitere Schicksal des früheren karpatoukrainischen Gouverneurs Iwan Risak entscheiden sollte.

Die Verhandlung war unter offener Verletzung der legitimen Rechte des Bürgers vertagt worden. Es kommt der Eindruck auf, dass ein Befehl zu „fassen“ erfolgt sei, wobei sofort, weil die Rechtschutzorgane nichts gegen Iwan Risak „zusammenscharren“ konnten und deshalb auf „sensationsträchtige“ Aussagen eines weiteren führenden Parteimitglieds setzen.

Es ist bezeichnend, dass auch vor der Gerichtsverhandlung auf der über die weitere Haftverlängerung bzw. Freilassung Wiktor Djadtschenkos entschieden werden sollte, ebenfalls ein „sensationeller“ Bericht über die Festnahme eines anderen „Verbrechers“ veröffentlicht wurde. Es geht um den Kommandeur eines Truppenteils, der angeblich die Wahlergebnisse gefälscht hätte, während Djadtschenko ihn hätte „beeinflussen“ können.

Also wurde gegen Iwan Rosocha ein strafrechtliches Verfahren wegen Veruntreuung und Bemächtigung des Eigentums sowie Dienstmissbrauchs eröffnet. In diesem Zusammenhang sei an einige grundsätzliche Momente zu erinnern. Eingang der Mittel. Die Stiftung „Wiedergeburt der Karpatoukraine“ ist kein kommerzieller, ein gemeinnütziger Verein, der sich für die Erfüllung seiner im Statut festgelegten Aufgaben nach geltendem Recht zwecks finanzieller, materieller und sonstiger Hilfe an Unternehmen, Behörden oder Organisationen wenden darf. In der Region agieren Dutzende ähnlicher Stiftungen, und fast alle sind auf wohlthätige und Sponsorenleistungen seitens kommerzieller bzw. gewerblicher Strukturen angewiesen. Einige Betriebe leisten wirklich die benötigte Hilfe, andere lassen eingehende Schreiben und Appelle außer acht.

Deshalb entsprechen die Behauptungen der Rechtschutzorgane über Druck,

geschweige denn „Erpressung“ seitens der Stiftungsleitung gegenüber Firmen und Geschäftsleuten einfach nicht der Wirklichkeit. Erfolgreich „Druck machen“ bzw. „erpressen“ könnte man nur, wenn jemand aus der Leitung der Stiftung oder seines Trägerkreises einen direkten oder mittelbaren Bezug zu Kontroll- bzw. Rechtschutzorganen hat. Einen solchen Bezug hat kein Mitglied der Leitung und kein Träger der Stiftung „Wiedergeburt der Karpatoukraine“. Darüber hinaus verschickte die Stiftung in der Regel nur schriftliche Appelle, die in der Mehrzahl weder schriftlich noch telefonisch beantwortet wurden.

Die gesamte Tätigkeit der Stiftung erfolgte ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis. Sie hatte kein Personal, niemand erhielt Gehälter oder eine andere Entlohnung für seine Arbeit. Die Stiftung verfügte und verfügt über kein Eigentum, Büros bzw. Fahrzeuge. Die Stiftung führte auch keine finanziellen Operationen durch und realisierte kein einziges kommerzielles Projekt, geschweige denn auf Haushaltskosten. Wäre es darüber hinaus zu Unregelmäßigkeiten mit Mittelüberweisungen wirklich gekommen sein, so besteht doch die gesetzlich festgelegte Praxis deren Rückführung. Doch in den zwei Jahren der Tätigkeit der Stiftung sind keine diesbezüglichen Forderungen eingegangen, genau so hat sich niemand bei den Rechtschutzorganen beschwert.

Nach ihrem Statut beschäftigte sich die Stiftung mit der Umsetzung unterschiedlicher Projekte in den Bereichen Kultur, Sport, Gesundheitswesen und Soziales. So stellte die Stiftung spürbare finanzielle Leistungen u. a. bei der Errichtung eines Tschernobyl-Denkmal sowie eines Bronzedenkmal A. Woloschins in Ushgorod zu Verfügung, unterstützte den Wettbewerb „Miss der Karpatoukraine“ und den internationalen Vergleich der Kinderlieder „Grenzen der Einheit“, versorgte mehr als 2.000 mittellose, behinderte und alleinstehende Bürger mit kostenlosen Hausapotheken. Darüber hinaus kaufte sie Sportanzüge, Preise und Abzeichen für

Kindersportvereine, wie u.a. für den FC „Sakarpatje“ und den Handballklub „Karpaty“. Unterstützt wurden auch Amateurl Kollektive der Volkskunst, Drucken von Schulbüchern, wissenschaftlicher und populärwissenschaftlicher Literatur. Und diese Liste ließe sich fortsetzen.

Worauf fußen also die Behauptungen über gesetzwidrige Aktivitäten und darüber, dass sich die Stiftung „Wiedergeburt der Karpatoukraine“ mit keinen kulturellen sowie gemeinnützigen Aufgaben beschäftigt hätte?

Die Rechtschutzorgane legen der Stiftung eingekaufte „teure Möbelstücke“ zu Last, doch die Stiftung hat für ihre eigenen Bedürfnisse keine Einrichtungsgegenstände, sondern, wie 2004, nur gewöhnliche Büromöbelstücke gekauft, die sie vier regionalen Verbänden der Behinderten und Kriegsinvaliden gratis übergeben hat.

Ansonsten kann man mit Bedauern feststellen, dass die neue Macht keine politischen Konsequenzen zieht und sie allem Anschein nach nicht ziehen wird, bis der „Plan“ über die Einleitung der strafrechtlichen Verfahren gegen die vereinigten Sozialdemokraten erfüllt ist. Die Macht lasse sich durch die These nicht abbringen, dass politische Repressalien gegen ihre Opponenten nur diejenigen einsetzen, die ihrer politischen Zukunft nicht sicher sind, schlussfolgert die „Nascha gazeta plus“.

Wegen politischer Überzeugungen wird Schuldirektor verfolgt

■ Im Dorf Rukschina, Tschernowizkaja Region, setzt sich die Gemeinde bereits zum drittenmal für Sergej Schischkowskij ein, einen jungen und energischen Schuldirektor, den die neue Macht mit allen Mitteln zu entlassen sucht. Die Strafe droht ihm wegen seiner

Mitgliedschaft in der oppositionellen SDPU(v) und seiner Haltung während der vergangenen Wahl.

Wie die Zeitung „Nascha gazeta plus“ schreibt, arbeitet Sergej Schischkowskij erst vier Jahre lang auf dem Dorf, aber in dieser Zeit hat er bereits vieles geschafft. Vor allem fing der junge Direktor mit dem Bau einer neuen Schule an, die über einen großen Sportaal, Rekreationsräume und geräumige Klassenräume verfügen müsste. Ihr Bauabschluss war für das Jahr 2005 vorgesehen.

Da Sergej Schischkowskij die Dorfgemeinschaft der SDPU(v) leitet und während der vergangenen Wahl Beobachter seitens Janukowitsch war, sperrte die neue Macht Mittel für die weitere Bauführung.

„Ich halte dies für einen politischen Auftrag und politische Verfolgungen“, kommentierte Sergej Schischkowskij die entstandene Situation. „So wurde bereits nach dem ersten Wahlgang das Gerücht in Umlauf gesetzt, ich hätte einen Selbstmordversuch unternommen, während sich mein Vater und die Frau an einem Strick erhängten... Vor der dritten Wahlrunde wäre ich bereits in eine Nervenlinik eingeliefert worden. Als wäre ich in Chotyn verhaftet und dann nach Tschernowzy überführt worden... Obwohl ich fast jeden Tag in der Schule war und alle mich sehen konnten. Danach wurde ich in die Administration beordert, wo man mich zur Entlassung aufforderte“.

Die Dorfeinwohner in Rukschina erinnern sich gut daran, wie während der Wahl Schischkowskij einen der Stellvertreter des heutigen Chefs der staatlichen Regionaladministration öffentlich auf seine Verletzung des Wahlgesetzes hingewiesen hat. Es ging darum, dass das Auto des künftigen hochgestellten Beamten am Wahltag mit Plakaten und sonstigen Materialien für Juschtschenko beklebt war, was vom Wahlgesetz eindeutig verboten ist. Aus diesem Anlass hat die staatliche Kreisadministration von Sergej Iwanowitsch bereits

verlangt, „nach Tschernowzy zu fahren“ und sich bei dem „orangenen Amtsinhaber“ auf der regionalen Ebene zu entschuldigen.

„Wir haben bereits die örtlichen Behörden und den Präsidenten angeschrieben, doch unsere Briefe kommen nur zurück“, sagt die Lehrerin Nadeshda Medjak. „Der Druck auf den Direktor und das Lehrerkollektiv hört nicht auf. Im Gegenteil: er nimmt zu. Man verlangt, er habe einen Rücktrittsantrag auf seinen eigenen Wunsch zu schreiben, weil es im Arbeitsgesetzbuch keinen Artikel über politische Positionen und Überzeugungen gibt!“

Die Tschernowizkaja Regionalleitung der SDPU(v) erklärt ihren heftigen Protest gegen unverhüllten Druck auf Parteimitglieder

In der Tschernowizkaja Region sind bereits Dutzende Beamte entlassen, weil sie in der vergangenen Wahl die Kandidatur Wiktor Juschtschenkos nicht unterstützen wollten

■ **Davon teilte der Sekretär der Tschernowizkaja Regionalleitung der SDPU(v) Wasilij Sabrodschij: „Diese Menschen wurden zu Kündigungsanträgen auf eigene Initiative gezwungen oder wegen der Neuordnung ihrer Strukturen entlassen“.**

Wasilij Sabrodschij machte darauf aufmerksam, dass die Bekanntgabe der sogenannten „offenen Personalausreibungen“ durch die neue Macht tatsächlich als Deckmantel diene, weil die meisten Schlüsselpositionen in der staatlichen Regionaladministration faktisch ohne Ausschreibungen besetzt werden. Die technologische Abwicklung ist sehr einfach: der entsprechende Anwärter, in der Regel ein Teilnehmer der „orangenen“

Ereignisse ohne Berufserfahrung, bekommt eine Funktion im sogenannten Patronagedienst, für den nach bestehender gesetzlicher Vorschrift keine Ausschreibung vonnöten ist. Aus diesem Dienst wird er anschließend ohne jegliche Ausschreibung auf eine leitende Funktion mit dem betreffenden Rang und Dienstbezügen versetzt.

Außer dem erwähnten Know-how werden gegen die vereinigten Sozialdemokraten in Bukowina auch neue Methoden der politischen Verfolgungen verwendet. So wurde der Sekretär der Regionalleitung der SDPU(v) Wasilij Sabrodschij als Präsident der Assoziation der kommerziellen Fernsehgesellschaft „TBA“ in die Rechtsschutzorgane vorgeladen, wo man ihm die strafrechtlichen Akten vorlegte, nach denen er der Steuerhinterziehung verdächtig werde. Die definitive Entscheidung über das strafrechtliche Verfahren würde die Staatsanwaltschaft treffen. Sabrodschij aber ist sicher, dass damit die neue Macht nichts erreichen wird, weil die von ihm geführten Strukturen sich immer an die rechtlichen Vorschriften gehalten und alle Steuern und Gebühren in vollem Umfang abgeführt haben.

Die Versuche, gegen ihn ein strafrechtliches Verfahren zu eröffnen, schätzt Sabrodschij als politischer Druck ein, weil in der Region kein einziges Massenmedium mit Ausnahme des seinen auf Steuerneinzahlung bislang überprüft wurde. Die Mitarbeiter unterschiedlicher Kontrollbehörden, die in letzter Zeit sein Büro aufsuchen, entschuldigen sich und sagen, sie hätten sich mit allen Kräften gewehrt, doch seien zur Überprüfung gezwungen, weil sie diesbezügliche Anweisungen erhalten hätten.

Wasilij Sabrodschij teilte darüber mit, dass seine Fernsehgesellschaft über eine Lizenz verfüge, die noch mindestens zwei Jahre lang gültig ist, und alle Versuche, sie aus dem Äther zu verbannen, als gesetzwidrig aufgenommen werden.

Ehemaliger Minister und seine Familienangehörigen werden verfolgt

■ **Der Vorsitzende der Volksdemokratischen Partei (NDP)* Walerij Pustowoitenko, sein erster Stellvertreter Anatolij Tolstouchow und die Leiterin der Revisions- und Kontrollkommission der NDP Olga Petrowa erklärten, dass die Regierungsmannschaft politische Verfolgungen weiter treibe und mit den Partei- und gesellschaftlichen Organisationen nicht zusammenarbeiten wolle, die ihre eigene Sichtweise auf die augenblicklich in der Ukraine laufenden Ereignisse haben.**

Wie die Zeitung „Ukraine und mir“ mitteilt, dient als Beispiel der politischen Verfolgungen u.a. die Durchsuchung, die am 21. Juni in Tolstouchows Wohnung durchgeführt wurde. Er erklärte bereits, dass er augenblicklich an einer gerichtlichen Klage wegen solcher Handlungen der Staatsanwaltschaft arbeite. Im wesentlichen beschränke sich der Kern des gegen ihn eingeleiteten strafrechtlichen Verfahrens auf folgendes. In den Tagen der orangenen Revolution, und zwar am 25. November 2004, hätte er sich in die Tätigkeit der Regierungszeitung „Prawitelstwennij kurier“ eingemischt. Wie aus der Entscheidung des Untersuchungsrichters der Generalstaatsanwaltschaft folgt, hätte sich an diesem Tag Tolstouchow in Begleitung des ehemaligen Vizepremierministers Dmitrij Tabatschnik in der Zeitungsredaktion eingefunden und die beiden hätten den Chefredakteur Michail Soroka genötigt, auf der ersten Seite folgende Annonce zu drucken: „Die Zen-



Anatolij Tolstouchow

trale Wahlkommission erklärt Wiktor Janukowitsch zum Präsidenten der Ukraine“.

Über den Vorfall berichtet Anatolij Tolstouchow:

„Bei der neuen Macht stimmt nicht alles mit dem Nervensystem, das offensichtlich zusammenbricht. Dmitrij Wladimirowitsch wurde in die Generalstaatsanwaltschaft telefonisch, während ich schriftlich vorgeladen. Doch ich überraschte den Untersuchungsrichter auf „angenehme Weise“ dadurch, dass ich mit meinem Anwalt erschien. Nicht jeder von ihnen wäre bereit, gegen zwei frühere Regierungsmitglieder, zwei Volksabgeordnete zweier Legislaturperioden und zwei wissenschaftliche Doktoren, in Geschichte und Philosophie, aus dem Nichts ein strafrechtliches Verfahren zusammen zu flicken. So was erlebte das ukrainische Gerichtswesen noch nie. Ich persönlich wurde deshalb vor vollendete Tatsachen gestellt: es sei ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet. 15 Minuten später erfolgte die Bekanntgabe der Anklage und noch nach weiteren 20 Minuten sollte ich eine Verpflichtung über das Ausreiseverbot unterschreiben. Ehrlich gesagt, habe ich Schlimmeres erwartet...“

Die Zeugnisaussagen im gleichen Augen-

* NDP: eine Partei des Zentrums

blick lehnte ich ab und gab schriftlich zu Protokoll, dass ich die Anklage gemeinsam mit anderen gegen mich gerichteten Aktionen als Ausdruck der politischen Verfolgungen einschätze. Ich kann hinzufügen, auch gegen meine Familie. Also hält mich die Macht ab Montag für einen potentiell Kriminellen, während ich sie für politisch verbrecherisch.

In die Generalstaatsanwaltschaft, Militär-anwaltschaft und die Polizei wurde ich insgesamt fünf Male vorgeladen. Zu finden ist mein Name auch in anderen Verhörprotokollen. Man kam auch mit einer überraschenden Hausdurchsuchung zu mir. Ohne schriftliche Formalitäten dauerte sie etwa 20 Minuten. Durch die Hände der Beamten gingen bestenfalls ein paar Dutzend Bücher, in der Wohnung suchten sie mehr mit den Augen als mit den Händen. Also lief die Durchsuchung mit einem fehlerbehafteten Protokoll und, wie es sich herausstellte, ohne Gerichtsbeschluss praktisch in eine Führung durch die Wohnung aus. Da nach jeder Aktion, die gegen mich und meine Söhne arrangiert wurde, - sie sind augenblicklich eingekreist und auf alle Provokationen einschließlich Zuschiebung von Drogen oder Patronen gefasst, - mein Mund nicht zumachte und die Hand nicht zitterte, sind die Behörden also auf den Befehl von oben zu aktiveren Handlungen übergegangen.

Die Zeitung „Prawitelstwennij kurier“ ist ein Druckorgan der Regierung. An dem besagten Tag hätte sie mit den Wahlergebnissen erscheinen müssen, die von der Zentralen Wahlkommission bereits ausgezählt worden waren. Doch im Internet wurde eine Mitteilung des Sprechers des Obersten Gerichtshofes der Ukraine darüber veröffentlicht, dass das Gericht eine andere Entscheidung getroffen habe. Aber diese Entscheidung wurde, wie es das Gesetz vorschreibt, keiner Instanz zugeleitet. Der Chefredakteur der Zeitung verstand dies, einerseits; doch andererseits, hatte er Angst... Wir beiden mit Dmitrij Wladimirowitsch leisteten ihm dabei moralische Unterstützung, weil unsere Unterschriften wie eine zur Hilfe gestellte Schulter wirkten...“.

Das Gesundheitsministerium übt weiterhin Druck auf den Leiter der Kinderklinik „Ochmadet“ Juri Gladusch

■ **Wie die Zeitung „Nascha gazeta plus“ mitteilt, wurde die Klinikleitung schlechter Arbeitsorganisation beschuldigt. Und dies ungeachtet der Tatsache, dass die „Ochmadet“, in die Eltern ihre Kinder aus der ganzen Ukraine zur Behandlung bringen, als das beste Kinderkrankenhaus des Landes gilt!**

Doch das Gesundheitsministerium meint es anders. „In der Ochmadet hat sich eine angespannte Situation gebildet, die auf eine Sonderpolitik und Organisation der Arbeit in dieser medizinischen Behörde zurückzuführen ist“, wird im betreffenden Gutachten des Ministeriums festgestellt. Dort behauptet man auch von regelmäßigen anonymen Beschwerden seitens des medizinischen Personals und der Eltern, deren Kinder in der „Ochmadet“ untersucht bzw. behandelt wurden. In diesem Zusammenhang hatte sich das Ministerium für eine dienstliche Untersuchung entschieden, deren Hauptziel zweifellos der Klinikleiter Juri Gladusch ist.

Seinerzeit tat er sich dadurch hervor, das er sich entschieden gegen die Versuche des Ministeriums zur Enteignung des Vermögens der Klinik einsetzte. Im Juni wollte die federführende medizinische Behörde des Landes in ein Klinikgebäude umziehen, da das jetzige Ministeriumsgebäude Präsident Juschtschenko besetzen möchte.

„Über den Anfang der dienstlichen Untersuchung habe ich aus einem Fernsehbericht erfahren“, sagte Juri Gladusch. „Über die Anschuldigungen, als wären die Kinder mit Medikamenten behandelt, deren Verfallsdatum verstrichen wäre, hatte ich zuvor nicht einmal gehört. Trotz der Tatsache, dass unsere

Klinik seit März 11mal geprüft wurde. Zweimal kam u.a. die Kontroll- und Revisionsverwaltung, obwohl sie nur alle drei Jahre kommen darf. Ja, über uns könnte man auch beschweren, genau so wie man sich über das Gesundheitsministerium, Ministerkabinett bzw. Sekretariat des Präsidenten beschwert, wie über jede funktionierende Struktur“.

Mit der Verurteilung der Handlungen des Gesundheitsministeriums traten die vereinigten Sozialdemokraten auf. „Indem es seine eigenen Ambitionen nicht durchsetzen konnte, erklärte das Gesundheitsministerium dem Kollektiv der Kinderklinik einen heimlichen Krieg und handelt auf heimtückische und verdeckte Weise“.

Ungesetzliche Entlassung des Rektors

■ **Das Kollektiv der Nationalen Akademie des staatlichen Steuerdienstes der Ukraine (NAGNSU) wandte sich an den Präsidenten mit einem Schreiben zur Unterstützung seines Rektors Petr Melnik, der illegitim des Amtes enthoben worden war. Melnik befand sich zu diesem Zeitpunkt im Kardiologischen Strashesko-Institut, den er am Tage der Verkündung seiner Entlassung erlitt.**

Die Zeitung „Kiewskij telegraf“ teilt mit, der Appell an Wiktor Juschtschenko sei von den Professoren, Doktoren der Wissenschaften und den Vorsitzenden der studentischen und gewerkschaftlichen Leitungen der Hochschule unterschrieben, wobei die erste Unterschrift der stellvertretenden Leiterin des wissenschaftlichen Rates, Prorektorin und habilitierter Doktorin der juristischen Wissenschaften Lesja Sawtschenko gehört. Es wird festgestellt, dass seit Jahresanfang die Akademie etwa ein Dutzend verschiedene Kontrollen durchgestanden hätte. Praktisch habe es keinen einzigen Tag gegeben, wo

diese oder jene Kontrollbehörde sie nicht überprüft hat. Von Januar bis Februar arbeiteten dort Prüfer aus dem Rechnungshof, im März fand eine komplexe Überprüfung seitens der Steuerbehörde, im April waren es die Prüfer des Sicherheitsdienstes, Innenministeriums und der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, im Mai interessierten sich Fachleute aus der Kontroll- und Revisionsverwaltung für die Verwendung der Haushaltsmittel. Gleich danach erschienen wieder das Innenministerium und der Rechnungshof. Doch niemand von diesen Prüfern konnte auf jene Unregelmäßigkeiten hinweisen, für die später der Rektor entlassen wurde.

Im dem Schreiben wird weiterhin auf die Gerüchte aufmerksam gemacht, nach denen diese Akademie bald geschlossen werden könnte, obwohl sie die einzige Hochschule ist, die Offiziere der Steuermiliz, Fachleute in den Bereichen Finanzrecht, Steuerwesen, Ermittlung und strafrechtliche Tätigkeit, Steuer- und Wirtschaftsprüfung und weiteren mehr ausbildet. Die Studenten und die Eltern zukünftiger Studenten sind natürlich durch diese Gerüchte in Panik geraten.

Besorgt blicken in ihre Zukunft auch die Professoren und Dozenten. Und dieses Durcheinander herrscht in der Akademie gerade vor dem anvisierten Beitritt dem Boulogne-Prozess!

Augenblicklich warten die Studenten und Dozenten der Akademie spannend auf die Ergebnisse der Gerichtsverhandlung. Bezeichnend ist, dass Melnik ausgerechnet die Personen die Klagen empfahlen, die die Überprüfungen durchgeführt und keine Voraussetzungen gefunden hatten, den Rektor zu verfolgen.

Wie die Internetzeitung „Ukraine kriminalnaja“ mitteilt, beabsichtige Melnik ebenfalls eine gerichtliche Klage gegen den Chef der staatlichen Steueradministration der Ukraine (GNAU) (A. Kirejew. P. Melnik erklärt dazu: „Kirejew hat unmissverständlich die Aufgabe gestellt, Tatbestand gegen Melnik aufzufindig zu machen. Nach dem zu urteilen, dass ich mich noch in der Freiheit befinde, wo

nach dem Entlassungsbefehl, der sich auf das Arbeitsgesetzbuch und nicht das Strafrecht beruft, wurde bislang nichts gefunden.

Nach der Gerichtsverhandlung über meine Wiedereinstellung in der Funktion werde ich natürlich eine Klage wegen meiner politischen Verfolgung seitens Herrn Kirejw einreichen.

Man stelle sich nur vor: ich als Kollegiumsmitglied des Steuerdienstes der Ukraine werde auf Anweisung Kirejws nicht in den Sitz der Steueradministration der Ukraine eingelassen!“.

Bekannte Rechtswissenschaftlerin stuft das Projekt „Schwarze Listen“ als verfassungsfeindlich ein

■ **Das Mitglied des Politischen Rates der Partei „Pora“* Jaroslaw Pogarskij zog die erste Jahresbilanz des Projektes „Schwarze Listen“, das die Partei seit über einem Jahr realisiert. In diese Listen werden mit anschließender Veröffentlichung die Namen der Bürger eingetragen, die nach Ansicht der Partei Verbrecher wären. Herr Pogarskij sagte u.a. aus:**

„Als Vertreter der bürgerlichen Partei „Pora“ setzen wir den Prozess fort, die ukrainische Gesellschaft von den Beamten zu säubern, sie sich befleckt haben oder unter Verletzung der ukrainischen Gesetzgebung agieren. Unser Zweck besteht darin, dass der Generalstaatsanwalt, der Innenminister und der Vorsitzende des Sicherheitsdienstes ihren jeden Arbeitstag mit den Schwarzen Listen anfangen sowie sich selbst und der ukrainischen Gesellschaft die Rechenschaft ablegen: was sie unternommen haben, um die Menschen, die von der ukrainischen Gesellschaft schwerster Verbrechen



Elena Lukasch

verdächtigt werden, zur Verantwortung zu ziehen. Damit sie ihre staatlichen Funktionen aufgegeben haben und künftig nie die Arbeit in den staatlichen Organen beanspruchen können. Wir eröffnen einen entschiedenen Feldzug der „Pora“ in die Regionen.

Die „Pora“ ist immer den Rechtsschutzorganen einen Schritt voraus, und auf solche Weise realisieren wir gesellschaftlichen Druck auf die Rechtsschutzbehörden. Mehr noch: wir sind der Ansicht, dass die Machtstrukturen Rechenschaft ablegen sollten, wie sie strafrechtliche Verfahren eröffnen, wie die Ermittlungen erfolgen und wie die Ergebnisse ihrer Handlungen sind. Gleichen Druck werden wir auf die Figuranten der Schwarzen Listen sowie auf die Rechtsschutzorgane selbst machen. Heutzutage stellen wir eine Partei dar, die nicht im Parlament vertreten ist, deshalb verfügen wir über keine anderen Methoden als die des öffentlichen Drucks, des Bürgerdrucks“.

Rechtswissenschaftlerin Elena Lukasch kommentierte diese Erklärung folgendermaßen:

„Vor allem sei eine rhetorische Frage gestellt und was sind die Richter? Was sind sie, diese Personen, die sich einen Auftritt im Namen der Bürger anmaßen und die Schuld bestim-

*In der vergangenen Wahl unterstützte die gesellschaftliche Organisation „Pora“ aktiv die Kandidatur Wiktor Juschtschenkos

men, indem sie Menschen in die sogenannten Schwarzen Listen eintragen? Die Verfassung der Ukraine, die ukrainischen Gesetze legen die Unschuldsvermutung fest. So verbietet z. B. der Artikel 296 des Zivilgesetzbuches der Ukraine, den Vornamen und den Namen der Person zu veröffentlichen und zu verbreiten, die eines Verbrechens verdächtig bzw. beschuldigt wird, bevor das Gerichtsurteil in gesetzliche Kraft getreten ist.

Das heißt, dass die Menschen, deren Namen in die Schwarzen Listen eingetragen und auf solche Weise verbreitet werden, ganz legitim ihre Rechte und Interessen gerichtlich verteidigen können. Vor der Parlamentswahl versucht die „Pora“, bestimmte Personen in der gesellschaftlichen Auffassung zu kriminalisieren. Sie arbeitet praktisch auf den Aufbau ihrer eigenen Autorität hin auf Kosten der Ruinierung des fremden Ansehens.

Laut Artikel 3 der Verfassung der Ukraine „bilden der Mensch, seine Ehre und Würde die höchsten sozialen Werte“, und niemand kann das Recht usurpieren, die Würde und Ehre sowie das Ansehen des Bürgers zu diffamieren, aus welchen guten und ethischen Erwägungen auch man ausgehen möchte. Die Verfassung der Ukraine legt nicht nur das Prinzip der Unschuldsvermutung fest, sondern auch das der individuellen Verantwortung für die begangene Straftat. Deshalb ist es beides, unmoralisch und gesetzwidrig, jemand für soziale Kataklysmen abzuurteilen“.

Das Kulturministerium setzt Druck auf den Theaterregisseur fort

Die Macht ruiniert das russische dramatische Lesja-Ukrainka-Theater. Die Empörung über die gesetzwidrige ministeriale „Sabotage und Schädlingssarbeit“ brachten sechs Volks- und zwei Verdiente Künstler in ihren Schreiben an

das Kulturministerium zum Ausdruck. Das sind I.M.Duka, N.N. Ruschkowskij, O. S. Smoljarowa, D.W. Babajew, W. M. Schestopalow, L.G. Jaremtschuk, I.I. Pawlowa und K.G. Kaplikow.

Indem die Briefverfasser alle Peripetien der Konfrontation mit dem Kulturministerium beschreiben, schätzen sie die Haltung der Beamten nicht als „gesetzwidrig und zerstörerisch nicht nur gegenüber dem Lesja-Ukrainka-Theater, sondern der gesamten Kultur der Ukraine“ ein.

Der Theaterdirektor Michail Resnikowitsch veranstaltete seinerseits eine Pressekonferenz, auf der er über die Arbeit des Theaters in den letzten sechs Monaten berichtete: unter den Bedingungen permanenter und stichhaltloser Überprüfungen, Kontensperrungen und des Ausfalls der Lohnzahlungen.

Nach Mitteilung der Internetzeitung „Politertor“ erzählte der Regisseur über die am Vortage stattgefundenen Personalversammlung, auf der einstimmig ein nächster Appell an die ukrainische Führung verabschiedet wurde, in dem von der zielgerichteten Vernichtung des Theaters die Rede ist. Die Versammlung beschloss auch über einen Antrag an die Generalstaatsanwaltschaft, ein strafrechtliches Verfahren gegen die Amtspersonen des Ministeriums für Kultur und Tourismus einzuleiten, die eine Reihe von Gesetzen des Strafbuch verletzten hatten.

Der Direktor des russischen dramatischen Theaters hob hervor: „In den vergangenen vier Monaten wollte ich das Feuer nicht entfachen. Das würde wohl von keinem gebraucht bzw. dem Image der Ukraine oder der Kultur nützlich sein. Ich möchte, dass wir heute endlich über künstlerische Fragen reden könnten. Doch die Ereignisse des vorgestrigen Tages lassen mich mit etwas Anderem anzufangen“.

Und Michail Resnikowitsch berichtete über illegitime und gesetzwidrige Aktionen seitens

des Kulturministeriums gegen das Theater:

„Am 13. Juli riefen mich die Leiter unserer Buchhaltung an und teilten mit, dass in der Ukrsozbank und im städtischen Finanzamt alle Konten des Theaters geblockt wurden und die Zahlungen zurückgegangen sind. Dass dorthin gewisse Mitarbeiter des Kulturministeriums mit dem Mann erschienen, den die Kulturministerin zum Theaterdirektor ernannt hatte, und erklärten, unsere Unterschriften wären nicht mehr gültig. Auf diese Weise stellte man die wirtschaftliche Tätigkeit des Theaters ein, weshalb das Kollektiv keinen Lohn und Urlaubsgelder erhalten sowie andere Fragen lösen kann, die mit dem Geschäftsbetrieb zusammenhängen.“

Am 14. Juli stellten wir dem Finanzamt und der Bank das notariell beglaubigte Gerichtsurteil zur Verfügung, nach dem ich bis zur Regelung der Arbeitsstreitigkeit die Funktionen des Theaterdirektors und seines künstlerischen Leiters erfüllen darf. Auch habe ich die Rechtsberater konsultiert: die Kontenspernungen dürfen nur durch eine diesbezügliche Gerichtsentscheidung erfolgen“.

Mit Empörung machte Michail Resnikowitsch die Versammelten auf eine gefälschte Information aufmerksam, die auf der offiziellen Webseite des Kulturministeriums erschienen war, als hätte er selber die Konten geblockt: „Das ist eine ungeheuerliche Lüge. Doch auf der Seite gibt es keine Unterschriften, und gegen niemand kann geklagt werden. Das ist eine schwarze PR-Aktion. Ich habe geglaubt, dass unsere gegenseitigen Verhältnisse mit dem Kulturministerium nach dieser Überprüfungsflut wieder den Arbeitscharakter tragen würden, aber jetzt bin ich dessen nicht mehr so sicher“.

In ihrem jüngsten Interview verbreitete Ministerin Oksana Bilosir drei ungläubliche Lügen. Erstens, sagte sie, das Theater würde von drei Firmen bewacht. Zweitens, eine Firma bewache mich persönlich. Und drittens, sie sei sehr besorgt um die finanzielle Absicherung dieser Sicherheitsfirmen, weil sie auf Kosten der Haushaltsgelder erfolge, auf die sie einen

sehr großen Wert lege. Die erste Lüge: wir haben keine drei Firmen, wir haben nur die „Titan“, die uns hilft. Wir haben nur eine einzige Firma, die drei Personen stark ist und unser Gebäude bewacht. Die dritte Lüge: wir bezahlen sie nicht aus den Haushaltsgeldern. Seit dem ersten Januar gibt uns das Kulturministerium keine müde Kopeke für die sogenannten Haushaltszeile „Sonstiges“, das heißt weder für Strom und Heizung, noch für Instandsetzungen, noch für Kostüme oder Dekorationen. Deshalb ist es logisch, dass wir unsere Wache aus nicht haushaltsmäßigen Geldern bezahlen, sondern aus denen, die wir selber erwirtschaften. In jeder Oberschule, in jedem Lyzeum stehen jetzt Wachposten, weil die Situation in der Gesellschaft anders ist, als sie früher war. Bertreffende Ämter haben mich davor gewarnt, dass gegen das Theater in dieser angespannten Zeit unterschiedliche Provokationen unternommen werden könnten, deshalb verfügen wir über den Wachdienst.

Ich möchte betonen, dass kein einziges Theater, keine einzige kulturelle Einrichtung im vergangenen Zeitraum so viele Überprüfungen erleben sollte wie wir. Mit dem Ergebnis: im Theater gibt es keine wirtschaftlichen Unregelmäßigkeiten. Das bestätigt das eingegangene Protokoll der Steuerinspektion, das auf 28 Seiten verfasst wurde. Aufgrund dessen traf der Golossejewskij Kreisgerichtshof die Entscheidung, die am 13. Juli in Kraft trat, in der eindeutig steht, dass alle Anklagepunkte der Generalstaatsanwaltschaft stichhaltlos sind. Beides in bezug auf Mietverhältnisse bzw. bauliche Maßnahmen.

Ich freue mich darüber, dass unsere Kollegen aus dem Franko-Theater, Opern- und Ballett-Theater, Wirskij-Ensemble, Werewka-Chor keinen derartigen Ansturm der Prüfer, keinen derartigen psychologischen Druck und keinen unangenehmen Zustand des Abgeklagtenseins erlebt haben. Ich freue mich, dass sie keine Verbrecher genannt wurden, dass man ihnen nicht sagte, sie würden bald abgeurteilt und eingesperrt. Aber ich glaube, dass sich unser Ministerium mit uns

Bekannte Sportler protestieren gegen die Verfolgung des Führers der Partei der Regionen der Ukraine Wiktor Janukowitsch

■ Sie veröffentlichten die nachstehende Erklärung:

„Als Premierminister und Präsident des Nationalen Olympischen Komitees der Ukraine wurde Wiktor Janukowitsch zum ersten politischen Staatsmann in unserem unabhängigen Staat, der es verstand, die Autorität der Sportler hoch zu heben und uns mit würdigen Auszeichnungen dafür zu ehren, dass wir mit unseren Siegen auf den Olympischen Sommerspielen in Athen dem Prestige und Image der Ukraine beigetragen haben.“

Uns wurden hohe Prämien zuteil, was uns und unsere Familien spürbar unterstützte. Aber jetzt müssen wir mit Bitterkeit und Missverständnis erfahren, dass Wiktor Janukowitsch für seine Sorge um die olympischen Sieger von den Rechtsschutzorganen verfolgt wird. Das überraschte uns und rief bei uns große Empörung hervor. Nach einer Aussprache trafen wir die Entscheidung, unsere Geldprämien zurückzugeben. Das ist kein einfacher Schritt, doch wir wollen unsere Lebensposition und unsere Haltung zu Verfolgungen Wiktor Janukowitschs unter Beweis stellen. Wir hoffen, dass die ganze ukrainische Gesellschaft und Weltgemeinschaft Verständnis für diesen Schritt zeigt“.

Die Unterschriften unter der Erklärung gehören den olympischen Siegerinnen und Siegern: Elbrus Tedejew und Irina Merleni – Freistilringen, Walerij Gontscharow – Geräteturnen, Juri Nikitin – Trampolinturnen, und Natalia Skakun – Gewichtheben.

verschluckte, wieso es auch keine Zeit hatte, so ungestüm alle anderen zu überprüfen.

In diesem Sinne erfüllen wir heute für die Kunst Kiews die Mission der Kiewer Rus, die vor 300 Jahren Europa vor der mongolischen Invasion verteidigte. Doch will ich nicht, dass es bei uns ebenfalls 300 Jahre lang dauern würde, uns reichen die vergangenen Monate voll aus.

Ich werde öfter gefragt: wieso ist so was passiert? Hundertprozentig kann ich das nicht wissen. Ich dürfte nur annehmen, dass jemand dem Präsidenten viele Gemeinheiten über das Theater und meine Wenigkeit eingeflüstert hätte. Auf der anderen Seite hängt es möglicherweise damit zusammen, dass ich Wiktor Fedorowitsch Janukowitsch unterstützt habe. Ich wiederhole ein weiteres Mal: wir kannten einander nicht. Aber die Regierung Janukowitschs hat allen nationalen Institutionen um das 2fache die Gehälter erhöht, dadurch wurde es möglich, mehr oder weniger normal zu arbeiten. Heutzutage habe ich keine politische Orientierung und hatte sie ebenfalls nichts, als ich Janukowitsch unterstützte. Ich setzte mich für ihn als Leiter des Kollektivs ein, dem das Leben erleichtert wurde. Seine Regierung fand Gelder, um uns unter die Arme zu greifen. Und ich musste das als normaler und ehrlicher Mensch erwidern“.

Auf die Frage, ob das Kollektiv keine Angst hätte, auf Urlaub zu gehen, weil in seiner Abwesenheit etwas passieren könnte, antwortete Resnikowitsch: „Ja, wir haben Angst“. Nach einer gewissen Pause fügte er aber einfach menschlich hinzu: „Aber einen Urlaub brauchen wir doch. Unter allen diesen Umständen brachten wir doch zwei Werke auf die Bühne. Wir versuchten, auch in solchen Bedingungen zu arbeiten.“

An uns wandte sich die spanische Botschaft mit der Bitte, zum 400jährigen Jubiläum Cervantes „Don Quichotte“ aufzuführen. Das ist bislang der einzige Fall, wenn man die wirtschaftliche Begründung des Projektes übernimmt“.

PRESSEFREIHEIT

Journalisten verlangten von Juschtschenko die Achtung des verfassungsmäßigen Rechtes auf Pressefreiheit und freien Zugang zur Information

■ **Auf der Pressekonferenz, die den Ergebnissen der ersten sechs Monate der neuen Macht gewidmet war, stellte ein Journalist der Internetzeitung „Ukrainskaja prawda“ dem Präsidenten Wiktor Juschtschenko eine Frage hinsichtlich des Skandals um das sehr teure BMW-Auto und die anderen ebenfalls sehr teuren technischen Geräte, die von seinem Sohn Andrej benutzt werden.**

Genau lautete die Frage so: „Ob nach Meinung des Präsidenten es moralisch wäre, in so einem Land über solche Mittel zu verfügen?“. Der Präsident antwortete äußerst taktlos, indem er die für unsere Gesellschaft ungewöhnliche Anrede per „du“ wählte sowie den Reporter, und in seiner Person alle ukrainischen Journalisten, mit solchen Epitheta wie „verdinger Killer“, „Fresse“, Journalist, der „keine einzige Minute seines Lebens für die Pressefreiheit arbeitete“ auszeichnete.

Die Internetzeitung „Telekritika“ veröffentlichte in diesem Zusammenhang einen Appell an den Präsidenten, der von den führenden ukrainischen Journalisten unterschrieben wurde, von insgesamt 763 Mitarbeitern der Massenmedien. Nachstehend folgt der Text dieses Appells:

„Wiktor Andrejewitsch!

Wir, die ukrainischen Journalisten, sind über Ihre erniedrigenden Aussagen an die Adresse unseres Kollegen aus der Internetzeitung „Ukrainskaja prawda“ Sergej Letschenko empört, die Sie sich während der Pressekonferenz am 25. Juli 2005 erlaubt haben.

Für den Führer eines demokratischen europäischen Landes halten wir den Ton und die Ausdruckweise als schmachvoll, zu denen Sie bei der Beantwortung der Frage über die Lebensweise Ihres Sohnes griffen. „Verdinger Killer“, „Fresse“, Journalist, der „keine einzige Minute seines Lebens für die Pressefreiheit arbeitete“ - diese Ausdrücke sind eine Ohrfeige allen Journalisten der Ukraine.

Auf dem Maidan schworen Sie, sich für die Meinungs- und Pressefreiheit einzusetzen. Wir erinnern uns an Ihre Erklärungen, die diese Bestrebung bestätigen sollten. „Ich gebe Ihnen mein Wort, dass ich für jede Aktion meinerseits vor Ihnen persönlich Rechenschaft ablegen werde. Nach jeder privaten Unternehmung wird meine Familie vor Ihnen Rechenschaft ablegen. Ich verlange, dass alle Amtspersonen der Ukraine gleiche Rechenschaften ablegen“, so auf dem Kollegium des Innenministeriums am 18.07.2005. „Wir wollen eine Sonderkaste der ukrainischen Journalisten aufziehen, die der stolzen, ehrlichen und mutigen. Am besten wird die Demokratie von den Massenmedien transportiert!“, so auf dem Kongress der Volksunion „Unsere Ukraine“ am 09.07.2005.

Jetzt aber missachten Sie die Meinungs- und Pressefreiheit, die gerade im freien Zugang zu Informationen besteht, insbesondere über öffentliche Personen. Sie müssten bewusst sein, dass Sie und Ihre Familie als Objekte der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit auftreten. Die Gesellschaft hat legitimes Recht, über Einkommen, Ausgaben und Lebensweise Ihrer Familie zu wissen.

Ihre Haltung setzte die Tendenz fort, die Besorgnis in journalistischen Kreisen verursacht. Es handelt sich um:

- zahlreiche Versuche, die Presse bei Schilderung der politischen Themen der Engagiertheit zu beschuldigen, wie u.a. im Skandal mit Ausbildung des Justizministers Swarytsch;
- Versuche, die Internetmedien unter staatliche Kontrolle zu bringen;
- faktische Sabotage der Schaffung des

öffentlichen Fernsehens und des Rundfunks auf Grundlage der staatlichen Sender;

- Verbot für die Massenmedien, sich über die Wahlprogramme zu äußern, siehe die Abänderungen zum Gesetz „Über die Wahl der Volksabgeordneten“.

All das zwingt uns festzustellen, dass das Land in die Nicht-Meinungsfreiheit, Zensur und Selbstzensur abrutscht. Unter Ihrem Vorgänger führte es zum tatsächlichen Berufsverbot und leitete den Anfang des Endes des undemokratischen Regimes ein.

In diesem Zusammenhang fordern wir von Ihnen:

1. Sich öffentlich vor dem Korrespondenten der „Ukrainskaja prawda“ Sergej Letschenko zu entschuldigen;
2. Die Frage der Journalisten hinsichtlich der Einkünfte und Ausgaben Ihrer Familie zu beantworten.

Wir bestehen darauf, dass Sie immer den journalistischen Beruf und das verfassungsmäßige Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit sowie auf freien Zugang zu Informationen achten.

Kiew, den 26.07.2005“.

In Nowowolynsk wird die Versammlungsfreiheit verletzt

■ **Über die Handlungen der neuen Macht enttäuschen sich bereits viele von denen, die in der Präsidentenwahl Wiktor Juschtschenko stürmisch unterstützt haben. Nachfolgend werden einige Auszüge aus dem Brief des Abgeordneten der Werchownaja Rada der ersten Legislaturperiode Fedor Swiderskij veröffentlicht, der bei der Zeitung „Narodnoje delo“, Nowowolynsk, Wolynskaja Region, eingegangen ist:**

„... Indem er seine völlige Straflosigkeit spürte, entwickelte unser Bürgermeister bei der Niederdrückung der Opposition solche

Aktivitäten, die Kutschma nicht einmal geträumt hat! Fast alle lokalen Massenmedien arbeiten praktisch für eine Person, den Bürgermeister von Nowowolynsk W. Saposhnikow. Während er über allen Maßen gepriesen wird, werden seine Opponenten beschimpft und erniedrigt, beinahe zu Volksfeinden erklärt..

Einige Wochen lang (!) sendete der örtliche Fernsehkanal die Reportage vom Absolventenball aus, auf dem der Bürgermeister den Schulabgängern Zeugnisse und Medaillen überreicht hatte. Im Vordergrund stellte er sich zur Schau - lächelnd und zufriedengestellt, vor allem, mit sich selbst. Die nächsten mehreren Wochen wurden die Einwohner mit einem Werbefilm zombiert, in dem die Öffentlichkeit belehrt wird, dass sie ihr Recht auf saubere Umwelt nicht wahrzunehmen brauche.

Oder folgender Fall. Die Koalition „Kraft des Volkes“ beabsichtigt, zu einer Kundgebung aufzurufen, doch der Rundfunksender „Nowa“ und der Fernsehsender „Lwowskaja schentschina“ es kategorisch ablehnen, eine bezahlte Annonce auszustrahlen. Die Vertreter des Rundfunks berufen sich auf angebliche technische Gründe und fordern dabei, den Annoncentext mit dem Kanzleileiter des Bürgermeisteramtes abzustimmen. Jener leitet den Antragsteller an den Bürgermeister weiter, und Herr Saposhnikow erklärt zu guter Letzt, er gebe keine Zustimmung mit der Annonce, weil auf der Kundgebung unangenehme Worte an seine Adresse fallen würden. Ja, da habt Ihr die ganze Glasnost und Meinungsfreiheit! Wir finden uns in den dunklen Sowjetzeiten zurück, falls jede, auch eine ungesetzliche, Anweisung des Bürgermeisters vorbehaltlos ausgeführt wird.

Das gute Verhältnis mit dem Bürgermeister baut sich auf Untertänigkeiten und Anzeigen. Die meisten gesellschaftlichen und politischen Organisationen halten Kurs auf volle Loyalität und Abhängigkeit von ihm, indem sie vergessen, dass sie die Interessen der Gesellschaft verteidigen müssten...“.

Raubüberfälle auf Journalisten des Fernsehsenders „Kiewskaja Rus“ („KRT“)

■ Die Pressestelle des Fernsehkanals teilte mit, dass die Journalistin des „KRT“ Lesja Tschepurnaja am 16. Juli nicht weit von ihrem Wohnhaus brutal überfallen wurde: „Unbekannte Täter haben sie angegriffen und schwer körperlich verletzt, u.a. wurde Lesja das Schlüsselbein gebrochen, außerdem wurden zahlreiche Schrammen und andere Verletzungen zugefügt“.

Der Kanal teilte weiter mit, dass kürzlich der Redakteur des „KRT“ Wladimir Petrow „zum Opfer einer ähnlichen Banditentat“ gefallen war. Da während des Überfalls auf Tschepurnaja ihre persönlichen Sachen nicht entwendet wurden und es sich bereits um den zweiten Fall des körperlichen Angreifens handelt, lässt den Kanal vermuten, dass die mögliche Ursache der Abrechnung mit der Journalistin in ihrer beruflichen Tätigkeit liege.

Ohne die Voruntersuchung beeinflussen zu wollen, die hoffentlich alle Anstrengungen für die Suche und Festnahme der Täter unternimmt, lassen wir doch feststellen, dass sich in letzter Zeit um den Kanal „KRT“ eine besorgniserregende und ungesunde Situation entstanden ist. „In Massenmedien werden Mitteilungen über die Eröffnung strafrechtlicher Verfahren gegen die Geschäftsführung des Senders veröffentlicht. Der Vorsitzende des Nationalrates für Fernsehen und Rundfunk Witalij Schewtschenko ließ u.a. verlauten, dass dem Sender 36 Frequenzen entzogen würden, die er teilweise auf dem gerichtlichen Weg erhalten hat. Auf die Journalisten des Kanals wird heimtückisch überfallen.“

Alls das berechtigt uns zu behaupten, dass auf den einzigen Oppositionssender in der „neuen und demokratischen“ Ukraine durch verschiedene Methoden Druck gemacht wird,

um seine Tätigkeit zu behindern. Der KRT-Sender verlangt von den ukrainischen Behörden alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um diese Praxis einzustellen sowie die Sicherheit und Freiheit der Journalisten im Lande nicht durch Lippenbekenntnisse, sondern tatsächlich zu gewährleisten“.

Orthodoxe Bürger, bekannte Politiker und Journalisten setzten sich gegen den Druck auf den Sender ein. „Kiewskaja Rus“:

„Die neuen Machthaber in der Ukraine starteten eine neue Runde der politischen Repressalien. Diesmal versucht der Nationalrat für Fernsehen und Rundfunk, dem sozialen TV-Kanal „Kiewskaja Rus“ die Lizenz zu entziehen: für seine unabhängige und objektive gesellschaftliche Haltung. Über die Kampagne des Lizenzzugs hinaus, unternimmt die Generalstaatsanwaltschaft Versuche der politischen Verfolgung der Generaldirektorin des Kanals Elena Skidan. Nach unserer Meinung besteht noch ein weiterer Grund für die Ausschaltung des „Kiewskaja Rus“: weil er auf dem postsowjetischen Raum nicht nur der einzige soziale, sondern auch ein orthodoxer Kanal ist. Die grundsätzliche Position der Fernseh- und Rundfunkgesellschaft „Kiewskaja Rus“ zum Schutz der kanonischen Orthodoxie in der Ukraine schränkt die Absichten der Behörden ein, die ukrainische orthodoxe Kirche vom Moskauer Patriarchat abzuspalten und eine künstliche quasi orthodoxe Kirche durch staatliches Eingreifen in das religiöse Leben zu bilden, eine sogenannte Ukrainische Landeskirche“.

Walentin LEBEDEW, Vorsitzender der Union orthodoxer Bürger; Ewgenij NIKIFOROW, Chefredakteur der Zeitschrift „Orthodoxe Gespräche“; Michail DUNAJEW, Vorsitzender der Fernseh- und Rundfunkanstalt „Radonesh“; Kirill FROLOW, habilitierter Doktor der Philologie, Professor der Moskauer Geistlichen Akademie; Arkadij MALER, Pressesprecher der Union orthodoxer Bürger, Abteilungsleiter Ukraine des Instituts der GUS-Länder; Elena MALER-MATJAZOWA, Lei-

terin des Byzantinischen Klubs des Instituts für Philosophie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Chefredakteurin der Zeitschrift „Sewernij katechon“; Witalij AWERJANOW, stellvertretender Leiter des Byzantinischen Klubs, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Geschichte der russischen Philosophie und Kultur „Haus A.F. Losews“; Egor CHOLMOGOROW, Doktor der Philosophie, Koordinator des Projektes „Russische Doktrin“; Michail GOLOWANOW, Politischer Beobachter der Rundfunkanstalt „Majak“ und andere mehr.

Der orthodoxe Kanal „Kiewskaja Rus“ sendet seit April 2003. Zuerst waren seine Programme nur den Einwohnern der Donezkaja Region zugänglich, später erhielt der Kanal die Sendelizenz auch für andere Regionen. Er ist im ukrainischen Fernsehraum der einzige Kanal, der auf Werbung verzichtete, um den Einfluss der Reklamegeber auf seine redaktionelle Politik zu vermeiden. Den Großteil der Programme des „Kiewskaja Rus“ bilden Predigten orthodoxer Geistlicher, Filme und sonstige Sendungen religiösen Inhalts.

Unbekannte beschatten Journalisten in Lwow

■ Das journalistische Ehepaar aus Lwow Galina und Wasilij Teretschuk mussten auf Empfehlung der Rechtsschutzorgane die Heimatstadt verlassen, weil sich für ihr Leben unbekannt Personen interessiert hatten.

Wie die Zeitung „Kiewskije wedomosti“ mitteilt, arbeitet Galina als Korrespondentin des Radio Liberty, während Wasilij als Redakteur der Zeitung „Lwowskaja gazeta“. Sie sind in keinerlei kommerzielle Geschäfte involviert. Über das plötzliche Interesse an ihre Familie wurde Galina von der Sachbearbeiterin der Passstelle berichtet. Die kommunale Hausverwaltung habe ein unbekannter Mann

angerufen. Indem er sich für einen Mitarbeiter der staatlichen Regionaladministration ausgab, interessierte er sich, wer augenblicklich in der Wohnung Teretschuks hause. Ebenfalls wurden nach Teretschuks ihre Nachbarn telefonisch ausgefragt. Die Sachbearbeiterin verweigerte jegliche Informationen, auch als der Mann selber die Hausverwaltung aufsuchte und den Ausweis eines ehrenamtlichen Referenten der Abteilung für Beschwerdenbearbeitung der regionalen Administration auf den Namen Walerij Sinizkij vorlegte. In der staatlichen Regionaladministration aber kennt man keinen Mitarbeiter unter diesem Namen.

Der Chefredakteur der Zeitung „Lwowskaja gazeta“ Oleg Basar wandte sich an die Polizeiführung mit der Bitte festzustellen, wer die beiden Journalisten observiert. Galina Teretschuk hatte in letzter Zeit eine dokumentarische Serie über die Arbeit der städtischen Polizei vorbereitet, in denen u.a. über Beteiligung der Polizisten an Autodiebstählen berichtet wird. Als sich Galinas Mann an die Polizei wandte, wurde er daran sofort erinnert.

Es wird Direktorin eines Fernsehkanals verfolgt

■ Wie die Zeitung „2000“ schreibt, wurde die Abrechnung mit der Direktorin des Fernsehkanals „TV-Berdjansk“ Olga Bojko nach der vielfach erprobten Methode angefangen.

Zuerst überprüfte die Kontroll- und Revisionsverwaltung seine Tätigkeit. Da die Kontrolleure keine zweckfremde Verwendung der Haushaltsmittel feststellen konnten, bestellten die örtlichen Abgeordneten eine Wirtschaftsprüfung. Nach der dreiwöchigen emsigen Arbeit aber wurden nur die Debitorenverschuldung von 7.658 und die Kreditorenverschuldung von 51.104 Griwna festgestellt. Die Folgerung der unabhängigen

Wirtschaftsprüfer reicht nicht einmal für die sogenannte administrative Strafe aus: „... als notwendig erscheinen Maßnahmen zur Strukturverbesserung der internen Kontrollen, zur Abänderung der Aufstellung der Einkünfte und Ausgaben der eigentlichen Produktion, der administrativen Ausgaben sowie sonstiger Einkünfte und Ausgaben nach laufenden Tätigkeitsbereichen...“.

Doch diese Feststellungen reichten der Stadtabgeordnetenversammlung aus, um Olga Bojko Misstrauen auszusprechen und sie des Amtes der Direktorin des „TV-Berdjansk“ zu entheben. Die Abgeordneten bemerkten angeblich nicht, dass die Gesellschaft 1999 über Ausrüstungen im Wert von etwa 52.000 Griwna verfügte, wobei ihre Abnutzung 100% betrug. Sechs Jahre später machte der Preis der Studioausrüstungen bereits 342.000 Griwna aus, und die Journalisten vergaßen Ausfälle in der Lohnauszahlung. Weder Streikposten der Fernsehleute vor dem Gebäude der Stadtabgeordnetenversammlung, noch der Appell an den Nationalrat für Fernsehen und Rundfunk haben geholfen. Wie im letzteren festgestellt wird, „befindet sich unser Kollektiv jetzt unter Pressing des örtlichen Rates. Besonders empörend empfand das Kollektiv, dass sich unter den Abgeordneten, die auf den „TV-Berdjansk“ Druck machen, viele Mitglieder der städtischen Organisation der politischen Partei, der Volksunion „Unsere Ukraine“, befinden...“.

In ihrer Bestrebung, die prinzipienfeste Direktorin loszuwerden, überschritten die Abgeordneten sogar das Gesetz. Sie dürfen die Ergebnisse einer Wirtschaftsprüfung auf die Tagesordnung setzen und diesbezügliche Konsequenzen ziehen erst dann, wenn sie vom Bürgermeister abgezeichnet ist, was nicht der Fall war. Um ferner eine entsprechende gesellschaftliche Meinung zu

bilden, griffen einige Abgeordnete zur minderwertigen Insinuationen, indem sie O. Bojko stichhaltlos der Schadenzuführung für den kommunalen Haushalt in Höhe von 61.000 Griwna beschuldigten.

Die Mitarbeiter des „TV-Berdjansk“ wandten sich an die Abgeordneten mit einem Protestschreiben, in dem u.a. festgestellt wird: „... Den Wunsch einiger Abgeordneten, Olga Bojko aus dem Amt der Direktorin des „TV-Berdjansk“ zu entlassen, betrachten wir als persönliche Abrechnung, offene Zensur und ein schmutziges politisches Spiel, das eigennützige Ziele am Vorabend der Wahlen bezweckt...“.

In die Staatsanwaltschaft Berdjansk ist eine Klage von Olga Bojko eingegangen, in der sie im Verhalten der Abgeordneten gleich mehrere grobe Verletzungen des Gesetzes „Über die örtliche Selbstverwaltung“ feststellt.

Die unter Leitung Olga Bojkos geschaffenen Informationsprogramme erhielten regelmäßig Preise und Auszeichnungen auf allukrainischen Festivals. So wurde der „TV-Berdjansk“ 2000 mit dem Silberdiplom des Fernsehfestivals „Goldener Georgij“ ausgezeichnet, 2001 erhielt er einen Preis des allukrainischen Festivals der publizistischen regionalen Programme und 2003 einige Diplome in der Nomination „Informationsprogramme“ des ersten allukrainischen Festivals „Junges Fernsehen“.

Danach verwendete die Dozentin der Massenkommunikationstheorie der Internationalen Universität zu Kiew Walentina Kowtun die Spots aus dem Berdjansker Programm „Mestetschko“ als Lehrstoff für ihre Studenten. Auf dem zweiten Festival „Junges Fernsehen“, das im vorigen Jahr stattfand, erhielt der „TV-Berdjansk“ gleich drei Diplome, darunter ging eines persönlich an Olga Bojko für ihr Organisationstalent“.

Chefredakteur meint, dass die Beschlagnahmung des Redaktionseigentums auf die der Macht nicht genehme Haltung der Zeitung zurückgeführt wird

■ **Igor Kanewskij, Chefredakteur der Zeitung „Business“, erklärte, dass die Beschlagnahmung des Eigentums der Gesellschaft „Bliz-inform“, die die Zeitung herausgibt, nur als Fortsetzung der langjährigen Konfrontation zwischen der Staatlichen Steueradministration der Ukraine (GNAU) und der Gesellschaft aufzufassen ist. „Wir verbinden das mit der Position der Zeitung „Business“, die der alten wie auch der neuen Macht nicht passte“, sagte er.**

Der Chefredakteur teilte auch mit, dass die Handlungen des Untersuchungsrichters, der die Fonds sperrte, unter gesetzlichen Unregelmäßigkeiten erfolgten, und augenblicklich beschäftigen sich die Vertreter der Gesellschaft mit Klagen gegen die Handlungen der Steuerinspektion. Sie wandten sich bereits an den Präsidenten, doch, wie der Chefredakteur feststellte, „passiert nichts: alle Beschwerden versinken wie im Brunnen“.

Am 14. Juli veranstalteten die Journalisten der „Business“ vor dem Gebäude der GNAU eine Protestaktion gegen die ungesetzliche Beschlagnahmung des Eigentums. An der Protestkundgebung nahmen einige Tausende Menschen teil. Sie dauerte eine ganze Stunde, doch keiner der Mitarbeiter der GNAU kam zu den Demonstranten heraus.

Vertreter der karpatoukrainischen Macht ruinieren eine lokale Zeitung, indem sie riesengroße Klagen stellen

■ **Juri Klowanitsch, Chefredakteur der Zeitung „Palanok“, die in Mukatschewo, Sakarpatskaja Region, herausgegeben wird, teilte mit, dass der Chef der staatlichen Sakarpatskaja Regionaladministration Wiktor Baloga gegen seine Zeitung eine Klage in Höhe von 125.000 Griwna eingereicht habe. Die Begründung ist für die Ukraine bereits traditionell: „für Ächtung der Ehre und Würde“.**

Wie die Zeitung „Denj“ kommentiert, wurde der Unmut des Gouverneurs durch die Interviews seiner Opponenten ausgelöst, insbesondere seines Hauptkritikers, des Volksabgeordneten Sergej Ratuschnjak. Doch zu diesem Unmut könnte man ganz mit vollem Recht noch einen Umstand hinzufügen: die Zeitung „Palanok“ wurde erst vor kurzen infolge der inneren Spaltung in der Zeitung „Starij samok“ gegründet, die unter Kontrolle Balogas stand. Da das gesamte redaktionelle Eigentum der „Starij samok“ überging, befindet sich die „Palanok“ in der ganzen Zeit ihres unabhängigen Erscheinens am Existenzrand. Dementsprechend ist die von Baloga angeforderte Summe für die Redaktion gänzlich unrealistisch.

Die Zeitung „Palanok“ zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Prinzipien der Objektivität vertritt und ihre Seiten Politikern an der Macht wie auch Oppositionellen zur Verfügung stellt. Die Zeitung äußert sich kritisch zu allen Unregelmäßigkeiten, die in der Region geschehen.

Бюллетень Социал-демократической
партии Украины (Объединенной)

**Нарушение прав человека
и политические репрессии в Украине**

Июль, 2005
(На немецком языке)

Художественный редактор *О. М. Говзан*
Корректор *Н. П. Степенко*

Подписано в печать 18.08.05.
Формат 84x108 1/32. Усл. печ. л. 2,52.
Усл. краскоотт. 3,0. Уч.-изд. л. 3,59. Тираж 200 экз.
Заказ №5-2073

Издательство «Довіра»
ул. Киквидзе, 2/34, Киев-103, 01103

Киевская нотная фабрика
ул. Фрунзе, 51а, Киев-80, 04080

Нарушение прав человека и политические репрессии
НЗ0 в Украине: Бюл. Социал-демокр. партии Украины
(Объед.) / Редкол.: Л. М. Кравчук и др. — К.: Довіра,
2005. — 47 с.: ил.
ISBN 966-507-175-0

ББК 66.3(4УКР)6

**Menschenrecht-
verletzungen
und politische
Repressalien
in der Ukraine**

AN DIE INTERNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT 5

WILLKÜRAKTE DER RECHTSCHUTZORGANE 11

POLITISCHE VERFOLGUNGEN 22

PRESSEFREIHEIT 42